

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Erscheint Sonntags.

Abonnementspreis 1,00 Mark pro Quartal zzgl. Postgeb. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten, sowie die Expedition, Berlin S. 59, Kottbuserdamm 23 I.

Anzeige pro vierpaltige Zeilzeile 30 Pf., Stellengesuche 20 Pf.; für Verbandsmitglieder 20 Pf.; Beramtungsanzeigen 10 Pf. Privatanzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 14.

Berlin, den 4. April 1908.

24. Jahrgang.

## Verbandsmitglieder! Sorgt für die Ausbreitung Eurer Organisation!

### Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Die Berichtskarten für das Kaiserliche Statistische Amt bitten wir, sofern solches noch nicht geschehen, so gleich an uns einzufenden.

Bei Ausfüllung der Berichtskarten ist das am 27. Dezember vorigen Jahres an alle Bevollmächtigten versandte Rundschreiben genau zu beachten, damit unrichtige Angaben in der Zusammenstellung vermieden werden.

2. Nachstehend aufgeführte Mitgliedskarten bzw. -Bücher sind den Inhabern abhanden gekommen. Dieselben werden deshalb hiernit für ungültig erklärt und sind bei eventueller Vorzeigung anzuhalten und an uns einzufenden.

Nr.	ausgestellt für
4 247	Emil Euen
12 653	Karl Kropf
15 288	Otto Knod
21 045	Marie Krählich
22 527	Otto Bühler
23 480	Mathilde Wulff
32 477	Karl Köpfer
33 584	Anna Marquardt
58 480	Paul Bähler
63 755	Margarete Berger
64 435	Rätchen Wenzel
65 987	Franz Schmal
66 258	Christ. Wadersbach
66 260	Hermann Krödel
68 800	Richard Wartenberg
71 681	Wilhelm Simon

3. Ausgeschlossen auf Grund des § 16b des Statuts wurde in Düsseldorf der Buchbinder Paul Bretschneider, Buchnummer 19 305.

Der Verbandsvorstand.

### Das Reichsvereinsgesetz.

Die Generalkommission erläßt nachstehenden Aufruf:

Die Kommission zur Beratung des dem Reichstage vorgelegten Entwurfs eines Reichsvereinsgesetzes hat ihre Arbeiten beendet. Es ist nunmehr nur noch der Bericht in der Kommission festzustellen und gelangt dann der Entwurf in der von der Kommission beschlossenen Fassung zur zweiten Beratung an das Plenum des Reichstages. Alle Bemühungen der Vertreter der Arbeiterklasse, dem Gesetz eine den Zeitverhältnissen entsprechende Fassung zu geben, waren vergeblich. Die Mehrheit der Kommission hat nicht nur die in der ersten Beratung gefassten Beschlüsse, die das Vereins- und Versammlungsweesen zu hemmen geeignet sind, nicht verbessert, sondern sie noch wesentlich verschlechtert. Ja, die Kommissionmehrheit hat sich unter Führung der Freisinnigen noch reaktionärer gezeigt als die preussische Regierung. Die Regierung erklärte, daß man darauf verzichten könne, besondere Bestimmungen bezüglich der Teilnahme von Jugendlichen an Vereinen und Versammlungen zu schaffen. Der Regierungsentwurf enthält auch keine diesbezügliche Bestimmung. Die Kommissionmehrheit aber hat durch den § 10a den Personen unter 18 Jahren die Teilnahme an politischen Vereinen und Ver-

sammlungen unterzagt. Selbst in Preußen gab es bisher ein solches Verbot nicht, denn nur Schülern und Lehrlingen war die Mitgliedschaft in politischen Vereinen verboten, nicht aber die Teilnahme an politischen Versammlungen. Das von den Freisinnigen in der Kommission angenommene „liberale“ Vereinsgesetz steht somit noch hinter dem preussischen, das in der Reaktionsperiode dem Volke als „Verordnung“ aufgezwungen wurde, zurück. Nach der Bestimmung des § 10a erhalten wir dann dieselben Zustände in ganz Deutschland, durch welche Sachsen sich vor der ganzen Welt lächerlich gemacht hat. Und der Bloßfreisinn schämt sich nicht, unter solchen Umständen sich noch liberal zu nennen.

Nicht weniger reaktionär ist der § 7, der Sprachenparagraph, der in der ersten Beratung abgelehnt wurde, nunmehr gestaltet. Der Gebrauch einer fremden Sprache in öffentlichen Versammlungen soll in den Bezirken mit „alteingesessener“ fremdsprachiger Bevölkerung dann gestattet sein, wenn diese 60 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht. Die rheinisch-westfälischen Großindustriellen, von denen die Forderung ausgegangen sein soll, das Sprachenverbot zu erlassen, werden mit dieser Bestimmung sehr zufrieden sein. Nach wie vor werden sie Massen fremdsprachiger Arbeiter heranziehen und sie sind nunmehr davor geschützt, daß diese Arbeiter für die Organisationen gewonnen werden und gleiche Arbeitsbedingungen fordern wie die eingesehnen deutschen Arbeiter. In diesem Wortlaut ist der § 7 direkt darauf zugeschnitten, die gewerkschaftliche Aufklärung der fremdsprachigen Streikbrecher und Lohnbrüder zu verhindern.

Und das wagt der Freisinn den Arbeitern, welche den Hirsch-Dunderschen Gewerksvereinen angehören und zum Liberalismus halten, zu bieten.

Abgesehen von einigen weniger bedeutungsvollen Verschlechterungen, die von der Kommissionmehrheit an den Bestimmungen nach den Beschlüssen in erster Lesung vorgenommen sind, ist besonders noch zu erwähnen, daß auch für die Versammlungen unter freiem Himmel die Genehmigung unter allen Umständen einzuholen ist. Nach den Beschlüssen der ersten Lesung konnte die Genehmigung nur verweigert werden, wenn durch eine solche Versammlung der öffentliche Verkehr gestört werden könnte. Jetzt soll die Genehmigung auch dann verweigert werden können, wenn eine „Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten ist“. Damit kommen wir zu Zuständen, wie sie in Preußen bestehen, d. h. jede Versammlung unter freiem Himmel kann nur stattfinden, wenn die Polizeibehörde es will. Der Freisinn hat nicht weniger über diesen rechtlosen Zustand geklagt als die Sozialdemokratie. Nunmehr aber will er diese Polizeiwilkkür für ganz Deutschland eingeführt haben.

Die Verhandlungen in der Kommission bei der zweiten Beratung waren insofern ein Schicksal auf eine parlamentarische Beratung, als die Bloßparteien ihre Anträge gemeinsam einbrachten, und, moderte der Widerstand einzelner Bestimmungen auch noch so klar nachgewiesen werden, geschlossen stimmten dann Freisinnige, Konservative und Antisemiten für die vereinbarten Anträge. War der Kuhhandel noch nicht weit genug gediehen, wurde die Sitzung der Kommission verlagert, bis die schändlichen Seelen sich einiger waren. Unter diesen Umständen verzichteten die Vertreter der Arbeiterklasse darauf, noch Anträge in der Kommission zu stellen und erklärten, daß bei

der zweiten Beratung im Plenum nochmals der Versuch gemacht werden wird, dem Gesetz eine vernünftige Fassung zu geben und es von dem preussischen Polizeigeist zu befreien.

Die zweite Beratung soll noch vor Ostern stattfinden. Der Freisinn hat es sehr eilig, diese sonderbare „liberale“ Frucht der Bloßpolitik zur völligen Reife zu bringen.

Der Arbeiterschaft bleibt somit nur eine kurze Spanne Zeit, um nochmals zu dem Gesetz, das jetzt noch reaktionärer ist als in der von der Regierung vorgelegten Fassung, Stellung zu nehmen. Wir richten an die Arbeiterschaft das dringende Ersuchen, allerorts Versammlungen zu berufen und gegen eine solche Verpreuung und Verfälschung des Vereins- und Versammlungsrechtes Protest zu erheben. Besonders muß die Arbeiterschaft Süddeutschlands sich mit aller Energie gegen den Raub ihrer bisherigen Rechte wehren. Wir ersuchen die Versammlungsleiter, die gefassten Beschlüsse unberührt dem Reichstage und dem Abgeordneten des betreffenden Reichstagswahlkreises zu übermitteln. Vielleicht gelingt es dadurch, den Rest von Liberalismus bei einzelnen bürgerlichen Politikern zu wecken und die Freisinnigen und Demokraten, die nicht ganz zu Handlangern für die ostelbischen Junker werden wollen, zu veranlassen, gegen ein Gesetz zu stimmen, welches das natürliche Recht der Staatsbürger, sich zu vereinigen und zu versammeln, ohne von der Gnade der Polizeibehörde abhängig zu sein, auf das gräßlichste verlegt.

Die Arbeiterschaft muß noch in letzter Stunde den Versuch machen, durch energischen Protest das deutsche Volk vor einem solchen Reichsvereinsgesetz zu bewahren.

Die Generalkommission  
der Gewerkschaften Deutschlands.  
E. Regien.

### Jahresbericht des Gaus 1.

Wenn wir im Nachfolgenden die Geschehnisse des vergangenen Jahres nochmals Revue passieren lassen und damit den Kollegen und Kolleginnen Gelegenheit geben, sich über die Verhältnisse in unserem Gau zu informieren, dann würde uns wohl nichts erfreulicher sein, als wenn wir in jeglicher Hinsicht ein günstiges Bild entrollen könnten. Leider ist uns dies nicht möglich; speziell trifft das für die Orte zu, in denen nur wenige unserer Kollegen in Arbeit stehen. Der große Wechsel derselben, der sich besonders in diesem Jahre so störend bemerkbar machte, erschwerte uns insbesondere die Agitation und stellte sich in bezug auf Festigung der Organisation bzw. Verbesserung der beruflichen Verhältnisse hemmend in den Weg. Andernteils war es aber auch die grenzenlose Gleichgültigkeit und das stumpfsinnige Dahinbrüten der Kollegen einzelner Orte, so in Frankfurt, Neu-Ruppin und Neudamm, die einer Aufführung in gewerkschaftlicher Hinsicht bereiteten und an der Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse auch keine Hand anlegten. — Jedoch sollen auch die Orte besondere Erwähnung finden, welche in bezug auf Ausbreitung der Organisation und Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ein gutes Stück weitergekommen sind. Und dies wären: Rathenow, Lauenwalde und Potsdam.

Der Gauvorstand trat durch 396 Postkängä, dem 706 Postausgänge (vgl. der Zeitung) gegen-

übersehen, in schriftlichen Verkehr und hatte im Laufe des Berichtsjahres mit 49 Orten, darunter 6 Zahlstellen, Verbindung.

Wir wollen nunmehr die wichtigsten Vorkommnisse dieser Orte einer näheren Betrachtung unterziehen. Da der Jahresbericht der Zahlstelle Berlin gedruckt vorliegt und denjenigen, welche sich besonders dafür interessieren, auf Verlangen auch übermittelt wird, können wir uns der Mühe enthalten, auf Einzelheiten einzugehen. Ge sagt soll aber werden, daß die Streikaktionen unter den Funktionären im ersten halben Jahre wenig Zeit übrig ließen, an ernste Verbandsarbeit zu denken. Den Gipfel dieser gewitterschwülen Luft erreichten die Verbandstagswahlen, welche im gewissen Sinne unter dem Zeichen eines Bürgerkrieges vor sich gingen. Der Mitgliederzugang ist daher auch nur mäßig, jedoch die volle Zuversicht vorhanden, daß im laufenden Jahre die Scharte wieder ausgeweitet wird. In gemeinschaftlichen Sitzungen hat man Grundlinien gefunden, mit Hilfe derer ein friedliches und erfolgreiches Arbeiten im Verbandsinteresse geschaffen ist. — In 9 Generalversammlungen erledigte die Zahlstelle die Verwaltungsgeschäfte. Außerdem fanden 5 öffentliche und 60 Brandensammlungen statt. Die Agitationskommissionen hielten 176 Sitzungen ab und stellten zu 981 Bezirksversammlungen Vertreter. Zirkel 200 Sitzungen diverser Funktionäre machten sich gleichfalls nötig; außerdem fanden mit 101 Unternehmern Unterhandlungen statt. Die Beteiligung an der Waiseier ist im Hinblick auf die Vorgänge von 1906 wider Erwarten gut zu nennen, wurden doch in den Vormittagsversammlungen über 1500 Waimarken ausgegeben. In einer Lohnbewegung befanden sich die Stutisarbeiter, diese kann unter Berücksichtigung der niedergehenden Konjunktur als erfolgreich bezeichnet werden. Die Klassenverhältnisse der Zahlstelle sind beschränkt zu nennen.

In Luckenwalde hat die Organisation auch in diesem Jahre gute Fortschritte gemacht, gehören doch von 125 am Ort beschäftigten männlichen Arbeitern 98 dem Verbands an. Ist auch das Verhältnis bei den Arbeiterinnen weniger günstig, so ist doch auch hier eine erfreuliche Zunahme zu verzeichnen. Die stattgehabten Lohnbewegungen endigten mit Erfolgen für die Arbeiterschaft. Vor allem gelang es auch, mit den Unternehmern einen Vohntarif abzuschließen, welcher die bisherigen verschiedenartigen Arbeitsverhältnisse einheitlich regelt.

Eine besonders rührige Tätigkeit kann von der Zahlstelle Rathenow gemeldet werden. 100 Mitglieder wurden neu gewonnen, von denen allerdings nach der Lohnbewegung zirkel die Hälfte dem Verband wieder den Rücken kehrte, eine Erscheinung, die man leider allzuoft beobachten muß. Es fanden in der Stutis- sowie in der Buchbinderbranche Lohnbewegungen statt, welche als erfolgreich wohl genannt werden können. Die Arbeitszeit, sowie Wochen- und Affordlööhne wurden tariflich geregelt. In den Stutisfabriken beträgt die Verkürzung der Arbeitszeit bei 30 Personen insgesamt 112 Stunden, die Lohnerhöhung bei 136 Personen 266,50 Mk. pro Woche. Für die Buchbinder wurde ein Minimallohn (22 Mk.) geschaffen und die Arbeitszeit von 10 auf 9½ Stunden reduziert. Versammlungen fanden 17 statt, außerdem machten sich noch zirkel 40 Sitzungen der Funktionäre nötig.

Die Zahlstelle Brandenburg beweist sich leider mehr rückwärts als vorwärts. Trotzdem man glaubte, durch das Stattfinden des Goutages in Brandenburg die Organisation zu beleben, ist davon nichts zu merken. Die männlichen Berufsangehörigen sind ja bis auf wenige organisiert, aber von den 160 in der Berlin-Neuroder Kunststift beschäftigten Arbeiterinnen gehören nur 5 der Organisation an. Trotz mehrmaliger Versuche, der Organisation in diesen Kunststift Eingang zu verschaffen, ist ein Erfolg nicht zu verzeichnen. Die Gleichgültigkeit und Muthlosigkeit der dort Beschäftigten bereitet jedes Unternehmen zum Zwecke der Behebung der im Betriebe bestehenden Mißstände.

In der Zahlstelle Potsdam herrschte reges Leben, galt es doch, die schon lange geplante Lohnbewegung zu einem günstigen Abschluß zu bringen. Es ist dies denn auch gelungen, indem ein Lohn-tarif mit den Unternehmern abgeschlossen wurde, durch welchen die tägliche Arbeitszeit um eine halbe Stunde verkürzt und ein Minimallohn von 22 Mk. geschaffen wurde. Im größten Betriebe der Zahlstelle kam es zu einem eintägigen Streik, welcher durch Vermittelung des Gauobvollmächtigten zugunsten der Mitglieder beigelegt wurde. Die Organisationsverhältnisse der Zahlstelle sind befriedigende zu nennen, was jedoch nicht heißen soll, daß es in dieser Hinsicht nichts mehr für die Funktionäre zu tun gibt.

Von der Zahlstelle Kottbus kam leider nichts Besonderes gemeldet werden. Es scheint, daß die Krisenverwaltung es auch an der nötigen Energie fehlen läßt, welche nötig ist, um einesseits die große

Zahl der Unorganisierten zu gewinnen, andererseits aber auch die Kollegialität derart zu fördern, daß die Gewonnenen erhalten bleiben. Es soll zugegeben werden, daß besondere Schwierigkeiten bestehen, der Organisation im Betriebe des „Königs von Kottbus“ vollständig Eingang zu verschaffen, aber es darf eben nie gerührt werden. Immer und immer müssen Versuche unternommen werden, auch den Letzten zu organisieren, damit die überaus traurigen Verhältnisse dieses Betriebes gebührender, menschenwürdigeren Platz machen. Und auch Herr Entke müßte sich dann bequemen, den Profit, den er ja seinen Arbeitern erst verbandt, diesen auch reichlicher wieder in Form von höheren Löhnen zurückzuerstatten.

Wir kommen nun zu den Orten, an denen Zahlstellen nicht bestehen. In Zossen, wo in einem größeren Betriebe (Buchdruckerei) alle unsere Berufsangehörigen der Organisation angehören, sollte eine Lohnbewegung eingeleitet werden. Durch besondere Umstände mußte aber davon abgesehen und diese fürs nächste Jahr vertagt werden. (Ist bereits geschehen und mit Erfolg abgeschlossen.) In Spremberg, wo im vergangenen Jahre die Organisation vernichtet wurde, gelang es, die dort beschäftigten Kollegen für den Verband zu gewinnen, so daß die Scharte wieder ausgeweitet ist. Forst und Guben machen leider in organisatorischer Beziehung keine Fortschritte. Die dortigen schon jahrelang beschäftigten Kollegen lassen sich von ihrer Tradition nicht abbringen und finden bei den örtlichen Verhältnissen alles in Ordnung, trotzdem bei zehn- und elfstündiger Arbeitszeit Löhne von 15 Mk. nichts Seltens sind. Auch in Orlau finden wir ähnliche Verhältnisse. Der am Ort bestehende größere Betrieb beschäftigt immer 8 bis 10 Kollegen. Die älteren sind für unsere Sache nicht zu gewinnen, obwohl sie schon öfter ihr Einverständnis bekundeten. Hoffentlich wird bei ihnen bald die ernste Erkenntnis Platz greifen, daß die Organisation der beste Schutzwall ist, um sich gegen Uebergriffe der Unternehmer zu wehren, andererseits aber auch, um seine eigene Lebenslage den heutigen teureren Zeitverhältnissen entsprechend zu verbessern. Von der ehemaligen Zahlstelle Finsterwalde kam ein Fortschritt im Verbandsleben nicht gemeldet werden. Hier sind es speziell die weiblichen Berufsangehörigen, welche trotz vieler Versuche unserer Seite noch immer fernstehen. — Bei der Firma Neumann in Neudamm, wo durchschnittlich 10 bis 15 Kollegen und 30 bis 40 Kolleginnen beschäftigt werden, hat die Agitation noch immer keine nennenswerten Erfolge gezeitigt. In zwei Versammlungen, neben mancher Hausagitation, wurde von unserer Seite versucht, die Kollegen bzw. Kolleginnen für uns zu gewinnen. Leider hielten es die Genannten nicht der Mühe wert, zu kommen. Es geht ihnen, wie es scheint, eben noch zu gut. Ober sollte es daran liegen, daß der Geschäftsleitung jeder Organisierte verhaft ist und den Staub von den Füßen schütteln muß? Letzteres kann unserer Meinung nach aber nicht — wenigstens nicht mehr — zutreffen, haben doch die Buchdrucker dieses Betriebes sich jetzt auch organisiert und einen Ortsverein gegründet. Was hier möglich war, sollten auch unsere Berufsangehörigen als ihre Pflicht betrachten, sollten sich aus ihrer Letargie aufraffen und durch festen Zusammenschluß sich zu einem Ganzen vereinigen. Hoffen wir, daß die Zeit der Erkenntnis nicht mehr fern liegt. — Die gleichen Zustände sind in Neu-Uppin anzutreffen. Zwei in Aussicht genommene Versammlungen mußten unterbleiben, weil die dortigen unorganisierten Kollegen es vorzogen, die wenigen Verbandsmitglieder zu verhöhnen und die ihnen überbrachten Agitationschriften unter unflätigen Redensarten zu vernichten. Trotz alledem soll es unsere dringendste Aufgabe sein, auch hier auflärend zu wirken, damit die ehemalige Zahlstelle einen würdigen Platz in unserer Organisation einnimmt. — In Frankfurt mit seinen 25 durchschnittlich beschäftigten Kollegen sieht es in puncto Organisation auch traurig aus. Ein Teil der bei Trowitsch u. Sohn Beschäftigten war für die Organisation gewonnen, aber einer nach dem anderen kehrte unter den wichtigsten Gründen dem Verbands wieder den Rücken. Selbst der Ortsvertrauensmann ging mit diesem unheimlichen Beispiel voran und verweigerte auf wiederholtes Befragen überhaupt den Grund zu diesem Schritt, trotzdem er ein jahrelanges Mitglied war. Jedenfalls hatte hier eine „höhere Gewalt“ ihre Hand im Spiele. Der Wechsel am Orte ist stark. Die meisten Kollegen betrachten Frankfurt als Durchgangsstation nach Berlin. Natürlich wirken auch hierbei die niedrigen Lohnverhältnisse mit, welche in Frankfurt anzutreffen sind. Daher wäre es allererste Pflicht der Kollegen, sich durch Zusammenschluß bessere Positionen zu erringen. — In Werder, Verna, Prenzlau, Perleberg, Oranienburg, Trebbin, Angermünde, Sirchlein, Fürstenwalde sind je nach der Geschäfts-konjunktur stets mehrere organisierte Kol-

legen beschäftigt, und wird die Verbindung mit dem Gauverband nie unterbrochen. Anders ist es in einem größeren Teile von Orten. Die hier beschäftigten Kollegen verlassen den Ort, ohne, wie es oft vorkommt, dem Gauverband rechtzeitig oder überhaupt Meldung davon zu machen. Dem Gauverband wäre es aber in den meisten Fällen möglich, arbeitslosen Kollegen diese offenen Stellen zu melden und damit wäre in zweierlei Hinsicht den Verbandsinteressen gedient.

Dies wäre in gedrängter Form ein Ueberblick der Verhältnisse in unserem Gau. Viel braches Land liegt noch innerhalb der Grenzen, und um dieses zu beackern, bedarf es der Unterstützung eines jeden Mitgliedes. Im besonderen aber sollen die Ortsvertrauenspersonen dem Gauverband tatkräftig zur Seite stehen, denn es ist dem Gauverband nicht möglich, in kurzen Zwischenräumen die einzelnen Orte zu besuchen. Der Goutag hat dies erkannt und es dem Gauverband in die Hand gegeben, die Ortsvertrauenspersonen für geleistete Agitation zu entschädigen. Ein weiterer Antrag ist dem Gauverband anlässlich des Goutages betreffs statistischer Aufnahmen übertragen. Wenn aber die zu diesem Zwecke auszufüllenden Fragebogen so spärlich eingehen, wie dies bei den Fragebogen zum Jahresbericht geschehen ist, so wird schließlich ein brauchbares Material gewonnen werden. Es bleibt also noch vieles zu wünschen übrig; trage in jeder sein Teil dazu bei, die Organisation zu stärken und auszubauen, die Früchte fallen jedem desto reichlicher zu.

Wir lassen nunmehr eine kurze Uebersicht der Klassenverhältnisse folgen.

a) Verbandskasse.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Einnahme' and 'Ausgabe' sections with sub-totals.

b) Gaukasse.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Einnahme' and 'Ausgabe' sections with sub-totals.

Bestand am 1. Januar 1907... 500,— Mk. 15 Proz. der Beiträge... 233,98 " Gaubeitrag der Zahlstellen... 367,50 " Einzelmitglieder... 22,30 " Summa... 1 123,78 Mk.

Bestand am 1. Januar 1908... 436,67 " Summa... 1 123,78 Mk. Hugo Lemfer.

Der Kartonnagerstreik in Gotha liegreich beendet.

„Mit Freuden sehe ich der fortschreitenden Entwicklung der Organisation der Kartonnagenfabrikanen entgegen und werde ich mein ganzes „Ich“ daran setzen und daran mitarbeiten, meine Kollegen soweit zu bringen, daß sie kein Mitglied des Buchbinderverbandes mehr in ihren Fabrikräumen beschäftigen.“

Also sprach Herr A. Dreyfuß in Muggensturm (Baden) in Nr. 49 der „Kartonnagen-Zeitung“ vom 7. Dezember 1907, und wir zitieren diese Worte deswegen hier, weil sie den Schlüssel zu dem Streit bei der Firma Oesterheld in Gotha bilden. Denn hätte dieser schamloserweise Geiſt des Herrn Dreyfuß nicht über den Wasser geschwebt, so wäre höchstwahrscheinlich schon längst eine Verständigung mit der Firma Oesterheld zustande gekommen.

Der Gothaer Streit ist in mehr als einer Hinsicht beachtenswert, so daß eine nähere Schilderung nützlich sein dürfte. Der Streit dauerte



r und 15 Wochen — vom 16. Dezember 1907 bis 27. März 1908 — und ist unseres Wissens der längste Streik, den der Buchbinderverband jemals geführt hat. Die Hauptursache des Streiks wird in dem überaus empfindlichen Emporblühen der Buchstelle Gotha zu suchen sein, die erst im Anfang des Jahres 1907 gegründet wurde, bis zum Schluß des 3. Quartals bereits circa 70 Mitglieder erreicht hatte und deren Vorsitzender der von der Firma Desterfeld plötzlich unter Auszahlung seines 14tägigen Lohnes entlassene Kollege Seegelken war. Um auch der genannten Firma Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, sei bemerkt, daß E. schon zweimal früher bei der Firma beschäftigt gewesen war, beide Male seine Stellung gekündigt und nicht lange vor seiner jetzigen Entlassung es als möglich hingestellt hatte, daß er zwecks Erlangung einer besseren Stelle gegebenenfalls zum dritten Male kündigt würde. Es kann nicht in Abrede gestellt werden, daß solche Erfahrungen für die Firma Desterfeld mitbestimmend gewesen sein können, ihrerseits Seegelken zu kündigen, allein ausschlaggebend wird hierfür doch wohl die Verbands-tätigkeit Seegelkens gewesen sein. Nichtsdestoweniger war der Verbandsvorstand von vornherein der Ansicht, daß zwar alles versucht werden müsse, Seegelken in Gotha zu halten, daß aber seine Wiedereinstellung nicht zum Skandalpunkt einer Lohnbewegung gemacht werden dürfe. Demgemäß wurden sowohl die Gothaer Kollegen als auch der Kollege Pfütze, dem die Leitung der Bewegung in Gotha übertragen worden war, in mehreren Briefen bereits im November und Dezember, also vor dem Ausbruch des Streiks, benachrichtigt. Selbst der Kollege Seegelken sah dies ein und schrieb am 8. Dezember an den Verbandsvorstand: „Was Punkt 2 anbetrifft, muß ich bemerken, daß die Kündigung des Desterfeldschen Personals nicht erfolgt ist, um meine Einstellung zu erzielen (von dieser Forderung bin ich für meine Person bereit, jeden Augenblick retourzutreten, nur auf allgemeines Drängen der Mitglieder habe ich zugegeben, diesen Punkt wieder mit in der unterbreiteten Forderung einzureichen), sondern weil die Firma nach wiederholter Vorstellung seitens des Kollegen Pfütze sowie der Lohnkommission es rundweg abschlug, in Unterhandlungen zu treten.“

Es ist notwendig, den wahren Sachverhalt klarzulegen, da anscheinend auf Seiten der bestreikten Firma irrtümlicherweise angenommen wurde, der ganze Streik drehe sich um die Wiedereinstellung Seegelkens. Das war nicht der Fall, denn ebenso wie das Anwachsen der Gothaer Buchstelle letzten Grundes auf die Unzufriedenheit der dortigen Kollegenschaft mit den ungenügenden Lohn- und Arbeitsverhältnissen zurückzuführen und eigentlich ohne größere äußere Agitation seitens des Verbandes eingetreten und nicht etwa gar der „hegemonischen Tätigkeit“ einzelner Personen zuschreiben ist, ebenso bildete die Entlassung Seegelkens nur den äußeren Anstoß zu der Lohnbewegung bei Desterfeld. Gekommen wäre dieselbe auch ohne dies, höchstens etwas später, da die Lohnverhältnisse bei der Firma sehr verbesserungsbedürftig waren.

Mehrfach ist von unserer Seite der Versuch wiederholt worden, eine Verständigung mit der Firma Desterfeld herbeizuführen; nicht der Not gehorchend, sondern dem eigenen Triebe, jedoch immer mit negativem Erfolg, weil Mächte ihre Hand mit im Spiel hatten, die sich zu einer ehrlichen Anerkennung des Koalitionsrechtes der Arbeiterschaft nicht durchzuringen vermögen. Am 25. Februar glaubte Herr Drehsfuß noch höflich in Gotha dem „am Boden liegenden“ Buchbinderverband die Kapitulationsbedingungen diktieren zu können: Bedingungenlose Wiederaufnahme der Arbeit und Austritt aus dem Buchbinderverband. Es ist anders gekommen, das System Drehsfuß hat die wohlverdiente Niederlage erlitten, trotz des „Steuers der Wahrheit“, mit dem Herr D. sein laides Schiffelein noch in letzter Stunde in den Hafen des Streibruchs zu bringen suchte, indem er seinen Artikel: „Zur Steuer der Wahrheit“ in Nr. 12 der „Kartonnagen-Zeitung“ vom 21. März 1908 an sämtliche Streikenden in Gotha senden ließ. Herr D. war selbst in diesem Artikel noch so kühl, vom Buchbinderverband als einem solchen zu reden, der „seinen Mitgliedern nur Unglück gebracht und von dem sie weiter keinen Nutzen haben, als daß sie wöchentlicher einen großen Beitrag bezahlen dürfen. Wenn der Austritt aus dem Verband verlangt worden wäre, wäre dies nur ein Glück für die Arbeiter gewesen.“ So suchte Herr D. durch „Aufhebung und Vorpiegelung falscher Tatsachen“ — um uns seiner gewöhnlichen Ausdrucksweise zu bedienen — Siege zu erringen und schädigt nur seine eigenen Kollegen aufs tiefste, indem er sie in frivoler Weise veranlaßt, die „Mitglieder des Buchbinderverbandes nicht mehr in ihren Fabrikräumen zu beschäftigen“. Wie sagt doch Professor Kessler in seinem jüngst erschienenen Bude: „Die deutschen Arbeitgeberverbände“:

„Es ist in einem Teil der deutschen Presse üblich, bei jeder Gelegenheit über den Terrorismus der organisierten Arbeiter zu klagen und nach einem besseren Schutz der „Arbeitswilligen“ zu rufen. Es wäre im Interesse der Gerechtigkeit zu wünschen, daß diese Blätter auch dem Terrorismus der organisierten Arbeitgeber ihre Aufmerksamkeit zuwenden und vielleicht auch in diesem Falle für einen besseren Schutz der „Arbeitswilligen“ plädierten. Am 17. Juni 1897 fiel in Bielefeld das Kaiserwort: „Die schwerste Strafe dem, der sich untersteht, einen Nebenmenschen, der arbeiten will, an der freiwilligen Arbeit zu verhindern.“ Alle, die damals dieser Äußerung jubelten, weil sie sich gegen organisierte Arbeiter richtete, mögen sie sich auch angesichts der schwarzen Listen und der Koalitionsfeindlichen Merveise ins Gedächtnis zurückrufen. Es sind ja nicht immer Arbeiter, die ihre Nebenmenschen an der freiwilligen Arbeit verhindern!“

Am 25. März wurde unser Verbandsvorsitzender, Kollege Kloth, mit einer Kommission der Streikenden bei der Firma Desterfeld vorstellig und machte den Vorschlag, daß in einer gemeinsamen Sitzung über die eingereichten Forderungen verhandelt und ein Versuch der Verständigung gemacht werden solle. Der Vorschlag wurde nach einer einstündigen Unterredung akzeptiert. Am 26. und 27. März fanden dann mehrere Unterhandlungen statt, als deren Ergebnis folgendes vereinbart wurde: Zwei von den vier Zuschneidern erhalten eine Lohnerhöhung von 1,50 Mk. pro Woche; bei den zwei Wochenlohnarbeitern wird der Lohn um 30 Pf. bezw. 1,20 Mk. erhöht; bei 27 Akkordlöhnen von insgesamt 41 Arbeitern tritt eine Erhöhung ein, die, je nach den bisherigen Preisen, 8 bis 20 Proz. — im Durchschnitt ungefähr 10 Proz. — beträgt. Für die männlichen Arbeiter trat ferner eine bessere Bezahlung der Heberzeitarbeit ein. Die Einstellung der Streikenden geschieht, soweit als möglich, sofort und weiter nach Bedarf. Solange noch Streikende vorhanden, dürfen andere Arbeitskräfte nicht eingestellt werden. Den nicht gleich wieder eingestellten Streikenden dürfen seitens der Firma Desterfeld keine Schwierigkeiten irgendwelcher Art bereitet werden, falls sie sich nach anderer Arbeit umsehen. Maßregelungen wegen Zugehörigkeit zum Verband sind unzulässig; dagegen darf Agitation im Geschäft nicht betrieben werden. Das Reinmachen der Fabrikräume kann nur gegen entsprechende Bezahlung von den Arbeiterinnen verlangt werden. (Bisher mußte solches ohne Entschädigung ausgeführt werden.) Für Reinigen der Leimfessel dürfen den Arbeiterinnen keine Abzüge gemacht werden. Ueber die Wahl eines Arbeiterausschusses, die Revidierung der Geschäftsordnung, Erhebung und Verwendung der Strafgebühren wird die Firma sich mit ihrem Personal verständigen. Auf die Wiedereinstellung des Kollegen Seegelken wurde von Seiten der Streikenden verzichtet, was um so eher geschehen konnte, als E. eine andere, unabhängige Stellung in Gotha gefunden hat.

Die Streikenden lehnten zuerst die Wiederaufnahme der Arbeit noch am Morgen des 27. März einstimmig ab, weil nicht alle Forderungen bewilligt worden waren. Den eindringlichen Vorstellungen des Kollegen Kloth gelang es jedoch, sie zur Annahme des Vereinbarten zu bewegen. Bereits nachmittags am 27. März traten die Zuschneider wieder ihre Arbeit an, um Vorrat zuzuschneiden.

In den Streik traten am 16. Dezember 1907 6 Arbeiter und 48 Arbeiterinnen, nur 8 Arbeiterinnen blieben als „Arbeitswillige“ stehen. Am Schluß des Streiks waren noch 5 Arbeiter und 38 Arbeiterinnen vorhanden. Die fehlenden Arbeiterinnen hatten andere Arbeit bekommen, zur Streibreakerin war keine geworden. Die Arbeiterschaft Gothas stand mit ihrer ganzen Sympathie auf Seiten der Streikenden und leistete denselben wertvolle Dienste. Ebenso das Parteiorgan, das „Volksblatt für Gotha“.

Wir haben keine Veranlassung, die durch den Kampf zutage getretenen Gegensätze zu verschärfen, und es wurde ja auch beiderseits in Gotha der Wunsch ausgesprochen, daß nunmehr das Verhältnis wieder ein besseres werden möge. Was an uns liegt, soll geschehen, um überall mit den Arbeitgebern in solche Beziehungen zu kommen, die die gegenseitige Achtung vor gesetzlichen Rechten in sich schließen. Das Koalitionsrecht ist das wichtigste Recht der Arbeiterklasse, und wir werden es auch unseren Kollegen und Kolleginnen in der Kartonnagenbranche zu erobern und zu wahren wissen, trotz aller Gewaltmaßnahmen der Scharfmader, trotz aller Beispielen durch kaufmännische Kulissen dieses oder jenes Fabrikpapas. Auch wir sind der Ansicht, wie sie der Professor an der Universität Leipzig in dem Schlussworte seines Buches „Die deutschen Arbeitgeber-Verbände“ zum Ausdruck bringt: „Nicht den Predigern rückwärts losen Serrentums und brutalen

Klassenkampfes werden Zukunft und Erfolg gehören, sondern den Versöhnern friedlicher Verständigung und besonnenen Anerkennung der Arbeiterrechte.“

### Die Bewegung in Pforzheim.

Einnützig und fest stehen die Arbeiter und Arbeiterinnen in Pforzheim wieder zusammen, um die drohende Gefahr einer zehnprozentigen Lohnreduktion abzuwehren. Einmütig und fest, wie vor einundeinhalb Jahren die Zugeständnisse errungen, so einmütig und fest ist unsere Pforzheimer Kollegenschaft auch bereit, das damals Errungene zu erhalten. Die zwischen damals und heute liegende Zeit hat sich nicht so gebeeitert, daß, von dieser Seite aus betrachtet, eine Lohnreduzierung gerechtfertigt sein würde. Das nackte Gegenteil ist richtig. Die Existenzbedingungen haben sich noch überaus verschlechtert gegen damals, und die Arbeiterschaft ist selbst bei regulärem Verdienst heute darum schlechter gestellt als vor 1½ Jahren. Das sind Tatsachen, denen sich auch unsere wirtschaftlichen Gegner nicht entziehen können, das sind Tatsachen, die täglich neu in greifbarer Form vor uns treten, die uns zwingen, dem Ansinnen der Unternehmer unterschiedenen Widerstand entgegenzusetzen.

Noch ist nicht entschieden, ob es zum Kampfe kommen soll. Die Unternehmer erklären, daß sie keine Repressivmaßnahmen ergreifen werden. Aber die Verhandlungen sind resultatlos verlaufen. Die Unternehmer forderten bedingungslos eine zehnprozentige Reduzierung der Löhne, ohne eine Garantie geben zu können, daß jedermann volle Beschäftigung der Arbeiter und Arbeiterinnen zugesichert werden könnte. Aber die Arbeiter und Arbeiterinnen sind nicht gewillt, einen Rückschritt zu tun. Lieber wollen sie die Last des Fortwärtarbeitens auf sich nehmen, als allen gewerkschaftlichen Gepflogenheiten zum Trotz einer Lohnreduktion zustimmen. Eine imposante Versammlung, die am 27. März stattfand, beharrte nach wie vor einmütig auf diesem ihren Standpunkt. Jede auch nur geringe Reduktion muß abgelehnt werden, das ist der feste Wille, welcher alle befeht. Und dieser unerschütterliche Wille ist die Mauer, an der die Verschlechterungsversuche der Unternehmer abprallen. Hinter unserer Pforzheimer Stuisarbeiterchaft steht noch das große Heer der Pforzheimer Industriearbeiter, für welche die Bewegung von größter Bedeutung mit ist. Scheint es doch, als wenn unsere Kollegen dort das Versuchskaninchen sein sollten für den Plan, eine allgemeine Reduzierung der Löhne vorzunehmen. Das ist sich unsere Kollegenschaft bewußt und darum wird sie auch weiterhin auf ihrem Standpunkt beharren und jede Lohnreduktion glatt ablehnen.

### Wer trägt die Schuld?

Die Ursachen der Erhöhung des Reingewinnes der Firma Paul Süß, Aktiengesellschaft für Luxuspapierfabrikation in Mügeln bei Dresden sind es wohl wert, daß man ihnen etwas nachspürt und untersucht, inwieweit eine erhöhte Ausbeutung der in diesem Betrieb beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen den Grund zu dieser Erhöhung bilden. Bereits in Nr. 11 der „Buchbinder-Zeitung“ konnte mitgeteilt werden, daß den Aktionären der genannten Firma seitens des dort beschäftigten Personals im verfloffenen Geschäftsjahre 10 Proz. Dividende erarbeitet worden war. Diese 70 000 Mk., welche die Herren Aktionäre in Schwelgerei ihres Angehichts einsteckten, sind natürlich nur ein kleiner Teil des tatsächlichen Reingewinnes; denn der rechnungsmäßige Heberfuß des Geschäftsjahres beziffert sich auf 373 431 Mk., von denen für Abschreibungen 223 444 Mk. verwandt wurden. Der dann verbleibende Reingewinn verteilt sich auf Müßelstellungen, Heberweisungen an diverse Fonds, Dividenden, Tanktamen an den Aufsichtsrat, Beamte und Vorstand und Vorkauf auf neue Rechnung. Unter den Heberweisungen an diverse Fonds befindet sich auch ein Posten von 5000 Mk., der dem Beamten- und Arbeiter-Wohlfahrtskonto überwiesen wurde, damit das Ansehen der Firma gegenüber der Außenwelt gewahrt bleibt.

Eines aber wird an dem Bericht bemerkt und das ist die eingangs aufgeworfene Frage: Wodurch wurde der erhöhte Reingewinn erzielt? Einen Grund gibt der Bericht wohl an, indem es in ihm gleich wie in seinem Vorgänger — heißt, daß die Aussichten für das inzwischen begonnene neue Geschäftsjahr günstige sind. Seitens der Betriebsleitung aber ist man geneigt, diesen günstigen Aussichten noch etwas künstlich nachzuhelfen, indem die ohnehin nicht gerade glänzenden Arbeitslöhne um teilweise ganz beträchtliche Prozentsätze gekürzt werden. Diese Reduzierung wurde hauptsächlich in den letzten Wochen vorgenommen, was angesichts

des günstigen Jahresabschlusses überaus aufreizend wirken müßte, wenn nicht die Arbeiter und Arbeiterinnen selbst von geradezu abschreckendem Indifferentismus beherrscht sein würden. Naturgemäß unterstützen sie durch dieses ihr Verhalten das rigorose Vorgehen der Betriebsleitung außerordentlich und tragen sie daher auch selbst die Hauptlast, daß Abzüge und Lohnreduktionen bis zu 50 Proz. durchgeführt werden können.

Diese Abzüge betreffen zunächst die *Florita*-Abteilung. Eine Arbeit wurde seither mit 12 Mark pro Tausend bezahlt, jetzt ist der Preis auf 8 Mk. herabgesetzt worden. Der Preis für eine andere Arbeit wurde von 11,50 Mk. auf 6,50 Mk. reduziert, und eine dritte Arbeit, für welche seither viermal 1,50 Mk. gleich 6 Mk. bezahlt wurde, soll jetzt für nur zweimal 1,50 Mk. gleich 3 Mk. hergestellt werden. In der *Meliefprägerei* wurden Abzüge vorgenommen, so daß die in dieser Abteilung Arbeitenden jetzt 6, 7 und 8 Mark pro Woche weniger verdienen als wie früher. Allerdings — und das muß ebenfalls offen gesagt werden — trägt das geradezu sinnlose, Körper und Geist zerrüttende Schufren der Beteiligten in nicht geringem Maße mit Schuld an diesen verdammungswürdigen Zuständen. Auch in der *Buchbinderei*-Abteilung fehlt es nicht an Verschlechterungsversuchen. So werden seit einigen Wochen Arbeiten, welche seither von Gehilfen hergestellt wurden, durch die billigeren Arbeiterinnenhande fertig gemacht.

Das sind Zustände, die angesichts des günstigen Jahresabschlusses alle die Arbeiter und Arbeiterinnen veranlassen müßten, in corpore dem Buchbinderverbande beizutreten. Denn Raisonnieren da, wo es die Ohren nicht hören, die es hören sollten, hat nicht den geringsten Zweck. Hier hilft nur ein nütziges Handeln. Damals, zur Zeit des Kampfes mit dieser Firma, wurde seitens der letzteren an die Arbeitstwilligen das heilige Versprechen abgegeben, daß keine Abzüge gemacht werden. Und heute? Heute werden die damals Gehalteten genau und wie noch gedrückt und gequält, als wenn sie der Firma niemals Auswechsellöhne geleistet hätten. Die Unternehmer machen nur in Zeiten der Not, d. h. in Zeiten der Kämpfe einen Unterschied zwischen Klassenbewußten und willenlosen Arbeitern. Bei jeder anderen Gelegenheit verschwindet dieser Unterschied gänzlich und die Ketter in Kampfesnöten sind genau solche Ausbeutungsobjekte wie jeder andere, ja vielleicht noch in erhöhterem Maße, hat doch der Unternehmer selbst Gelegenheit gehabt, sich von der Watschlappigkeit und Untertwürfigkeit solcher Menschen zu überzeugen.

Der Indifferentismus, der den Betrieb der Firma Süß beherrscht, ist schuld, daß die Zustände dort sich so entwickeln, wie vorstehend skizziert. Besser kann es erst dann werden, wenn das dortige Personal die notwendige Rückgratfestigkeit erlangt hat, um ein nützig mit Hilfe der Organisation den Ausbeutungsgehilfen der Unternehmer, die ohne jedwede Mütze die von den Arbeitern und vor allem Arbeiterinnen erarbeiteten Tausende und Aber-tausende von Mark in ihre Taschen stopfen, entgegenzutreten.

Die Ursache der Erhöhung des Reingewinnes bei der Firma Süß ist also vor allem in den Lohnreduktionen zu suchen, die von der Firma in rücksichtsloser Weise durchgeführt werden. Das ist es, was den Arbeitern und Arbeiterinnen dieses Betriebes vor Augen gehalten werden muß, um sie von der Schuldhaftigkeit und Verantwortlichkeit ihres indifferenten Verhaltens zu überzeugen. Mag es dort bald besser werden.

### Frankfurter Mutterbetriebe.

Unter dieser Stichmarke brachte die „Buchbinder-Zeitung“ in Nr. 6 vom 8. Februar dieses Jahres einen Artikel, der sich unter anderem auch mit der Geschäftsbüchereifabrik von Simon Stiefel in Frankfurt beschäftigte. Auf diesen Artikel bezugnehmend übersandte uns Herr Stiefel ein längeres Schreiben, dessen Ton es verbietet, daß wir dem Ansuchen des Herrn Stiefel nachkommen und das Schreiben vollinhaltlich zum Abdruck bringen. Lediglich die rein sachliche Seite der Zuschrift soll zur Erörterung kommen. Herr Stiefel schreibt da unter anderem:

Für das, was der Einsender über die Behandlung in meinem Betriebe schreibt, muß er erst den Wahrheitsbeweis erbringen. Um ihm eine weitere Unwahrheit zu widerlegen, bemerke ich, daß ich die Buchbinderei erlernt habe, wohl ehe er das Licht der Welt erblickt hat. Daß der Einsender die Geschäftsbüchereifabrikation versteht, muß ich so lange bezweifeln, bis er mir den Beweis dafür liefert. Was das Falsche der Widerspruchsbetrachtung ist, ist die bei mir übliche Art von einem Kollegen eingeführt worden, der einmal drei und

dann nochmals ein Jahr bei mir war, weil er diese Art für zweckmäßig gefunden hat. Das Verfahren wird von vernünftigen Arbeitern stets als gut anerkannt und ist auch noch in anderen Betrieben eingeführt, selbst ein Vorstandsmittglied des hiesigen Verbandes hat diese Farzart bereits früher praktisch bemerkt.

Bezüglich des Satzes betreffs der Lohnbewegung im Jahre 1904 erwähne ich, daß meine sämtlichen Arbeiter (mit Ausnahme zweier jüngeren Leute) damals einen Lohn bezogen, der den aufgestellten Forderungen bereits entsprach und somit kein Grund vorlag, die Arbeit einzustellen. Die beiden jüngeren Gehilfen blieben ohne vorherige Kündigung weg und wurden wegen Kontraktbruch zur Zahlung von 40 Mk. verurteilt, wovon ich dem Sekretär des Gewerbegerichts 20 Mk. für die Armen übergab. Die restlichen 20 Mk. erhielten meine Arbeiter für ihre Weihnachtsskasse.

Ferner schreibt der Einsender: „Dafür zahlt Herr Stiefel jetzt im Jahre 1908, bei allerdings 9stündiger Arbeitszeit, Löhne von 41—32 Pf. die Stunde und in einem Falle 15 Mk. die Woche.“

Diese auf fahrlässiger Unwahrheit beruhenden Angaben setzen dem ganzen Artikel die Krone auf. Nicht ein einziger Arbeiter hat innerhalb der letzten Jahre den erwähnten Lohn von 15 Mk. erhalten. Ich zahle die Arbeiter nach ihren Leistungen und erhalten dieselben 18 Mk. bis 30 Mk. per Woche. Der Durchschnittslohn ist 25 Mk. Arbeiterinnen erhalten je nach Beschäftigungsart 12 bis 17 Mk. per Woche.

Vorstehendes kann ich jederzeit durch Vorlage meiner Lohnlisten beweisen. Der Vorstand des hiesigen Vereines hat sich inzwischen durch Einsichtnahme meiner Lohnlisten überzeugt.

Auch die Behauptung, daß im letzten halben Jahre ein Wechsel von 50 Personen stattgefunden hat, ist unwar. Es waren nach meinen Büchern 25—30 Personen. Es scheint dem Einsender auch nicht bekannt zu sein, daß hierbei Leute sind, deren Austritt auf ihren Wunsch, wegen Wegzug von hier, wegen Eintritt zum Militär und wegen Krankheit erfolgt ist. Das Recht, einen Arbeiter wegen Minderwertigkeit zu entlassen, wird mir niemand nehmen können.

Ein Teil meiner Arbeiter ist 2, 4, 6 und 8 Jahre bei mir tätig, andere waren 8, 9, 12 und 15 Jahre in meiner Buchbinderei beschäftigt. Ein großer Teil der früher bei mir beschäftigten Leute meldet sich zum Wiedereintritt und diese werden, wenn die früheren Leistungen zufriedenstellend waren, auch wieder angenommen.

Aus meiner Arbeitsordnung greift der Einsender den Satz heraus:

„Falls eine Krankheit länger als 14 Tage dauert, gilt das Verhältnis für aufgelöst,“ und bezeichnet diesen Satz als brutal. Der Einsender scheint nicht einmal die Gewerbeordnung zu kennen. Der § 123 Absatz 8 gibt dem Arbeitgeber das Recht, einen Arbeiter mit Eintritt einer Krankheit sofort zu entlassen.

In meiner Arbeitsordnung stehen aber auch Sätze von den Verpflichtungen der Arbeiter. Hat sich der Schreiber des Berichtes überzeugt, ob diese von den Arbeitern überhaupt eingehalten werden?

Im übrigen ist diese Arbeitsordnung von der zuständigen Gewerbe- und Aufsichtsbehörde geprüft und genehmigt worden.

Daß ich seit 10 Jahren in meiner Buchbinderei die neunstündige Arbeitszeit eingeführt habe, ohne damals die Löhne zu kürzen, erwähnt der Einsender nur nebensächlich.

Den hiesigen Vorstand des Verbandes habe ich inzwischen zu einer Besichtigung meines Lokals, meiner Einrichtungen und Einsichtnahme meiner Lohnliste veranlaßt, und werden sich die Herren wohl überzeugen haben, daß der Einsender den allezeit hochgehaltenen Spruch: „Eines Mannes Rede ist keines Mannes Rede, man muß sie hören alle beide“ nicht kennt oder vergessen hat.

Wenn es sich darum handelt, durch Zusammenschluß von Arbeitgebern und Arbeitnehmern (wie bei den Buchdruckern) eine Förderung des Buchbindererwerbes und die Ausbildung brauchbarer Arbeitskräfte herbeizuführen, so wird mich die Verbandsleitung hierzu und zu tätiger Mitarbeit stets bereit finden. Simon Stiefel.

Soweit Herr Stiefel. Das muß man ihm lassen, er macht sich keine Antwort recht leicht, obwohl er jedenfalls alle Ursache hätte, etwas weniger laut seine Unschuld zu beteuern. „Für das, was der Einsender über die Behandlung schreibt, muß er erst noch den Wahrheitsbeweis erbringen.“ Damit gleitet Herr Stiefel über den ganzen Punkt hinweg und verneint er, daß wir nicht in der Lage seien, den geforderten Beweis zu erbringen. Wir wollen dabei nur auf die in dem Artikel der Nummer 6 dargelegte Ohrfeigengeschichte als das jedenfalls Grellste gegen-

plifizieren. Herr Stiefel tut gut daran, diese nicht ohne weiteres abzustreiten, denn gerade in diesem Falle sind wir in der Lage, mit Namen dienen zu können. Und auch Herr Stiefel wird wohl mit uns der Meinung sein, daß man die Behandlung nicht über den grünen Klee loben kann, die als ultima ratio das Anbieten körperlicher Züchtigung für richtig hält. Daß auch die sonstige Behandlung manches zu wünschen übrig läßt, das haben zwei offizielle Vertreter unserer Frankfurter Zählstelle erst kürzlich, am 21. März, erfahren, als sie in ihrer Eigenschaft als Verbandsvertreter bei ihm in einer Sache vorstellig wurden.

Was Herr Stiefel sodann über die Lohnbewegung im Jahre 1904 schreibt, hat mit dem Artikel in Nr. 6 nicht das mindeste zu tun. Wenn die Arbeiter der Frankfurter Geschäftsbüchereifabrik schon im Jahre 1904 den Lohn erhielten, welcher damals gefordert wurde, dann kann man davon wohl Kenntnis nehmen, aber das wird ja auch gar nicht bestritten. Es wurde vielmehr gesagt, daß im Jahre 1908, also vier Jahre später, die Löhne nicht solche sind, mit denen man auskommen könnte. Auch haben seit 1904 viele Gehilfen da gearbeitet, welche keine 24 Mk. erhielten, und noch heute sehen 4 Gehilfen in dem Betrieb, die mit weniger als 24 Mk. entlohnt werden, was von Herrn Stiefel überdies selbst zugegeben wird. In einem aber scheint sich Herr Stiefel doch wohl zu irren, und zwar darin, daß er den Durchschnittslohn auf 25 Mk. ansetzt. Bei unseren Ermittlungen haben wir ein etwas bescheideneres Resultat gehabt, was übrigens leicht nachzurechnen ist. Herr Stiefel zahlt nach unseren Ermittlungen folgende Löhne: Ein Gehilfe erhält 30 Mk. (?), einer 27 Mk., einer 26 Mk., einer 25,50 Mark, einer 25 Mk., einer 24 Mk., zwei 23,76 Mk. und zwei 17,28 Mk. Der Durchschnitt der von der Frankfurter Geschäftsbüchereifabrik gezahlten Löhne beträgt also nicht 25 Mk., sondern nur 23,96 Mk., er bleibt also noch um ein wenig hinter dem im Jahre 1904 geforderten Minimum zurück.

Das ist es, auf was im Artikel in Nummer 6 der Hauptwert gelegt wurde. Davon, daß im letzten halben Jahre nicht 50, sondern nur 25—30 Personen „gewechselt“ haben, kann man Kenntnis nehmen, obwohl auch Herr Stiefel zugeben wird, daß bei der Größe des Betriebes diese Zahl in keinem Verhältnis zu einem normalen Wechsel steht. Das dürfte das Wesentlichste sein, was zu dem Schreiben des Herrn Stiefel zu bemerken ist. Die übrigen Punkte sprechen alle für sich, so daß sich ein weiteres Eingehen darauf erübrigt. Aus jeder Zeile spricht eben das krampfhafteste Bemühen, die im Artikel der Nummer 6 gemachten Angaben mit überaus unzulänglichen Mitteln zu erschüttern. Im übrigen kann noch auf die Korrespondenz aus Frankfurt in Nummer 12 hingewiesen werden, die teilweise als Ergänzung des hier Gesagten dienen kann.

### Die Verbilligung des Leihkapitals.

Was bedeutet die Herabsetzung des Bankdiskonts?

Die deutsche Reichsbank hat ihren Zinsfuß ermäßigt und ist damit dem Beispiele der Bank von England und der privaten Banken gefolgt. Die ungewöhnliche Anspannung des Geldmarktes, die durch die industrielle Hochkonjunktur der Vorjahre herbeigeführt wurde, beginnt nachzulassen, und es ist anzunehmen, daß der Zinsfuß sowohl der Zentral- wie der Privatbanken noch weiter sinken wird, bis er ungefähr jenes Niveau erreicht, auf dem er sich vor dem wirtschaftlichen Aufstiege im Jahre 1905 befand.

Je mehr mit dem letzteren die legitimen und — illegitimen Bedürfnisse von Handel, Industrie und Verkehr stiegen, je größere Anforderungen an die privaten und öffentlichen Banken gestellt wurden, desto höher stieg der Preis des Leihkapitals, hob sich der Zinsfuß. Als dann im Mai v. J. der Hochgipfel der Konjunktur erklimmen war und die ersten Anzeichen des beginnenden Niederganges in Amerika und später in Europa sich bemerkbar machten, entstand ein Kampf um das Gold, weil dieses heute fast allgemein das Mittel zur Deckung der von den Banken ausgegebenen Noten ist, mit denen die Zahlungen geleistet werden. Nur Gold vermochte die von den Donnerschlägen des amerikanischen Krachs erschreckten Kapitalverleiher zu befriedigen, nur Gold das Vertrauen in den Wert der Industriepapiere wiederherzustellen. Die Erschütterung des Vertrauens war besonders bei den Einlegern der amerikanischen Depositenfirmen eine starke, und sie begehnten deshalb stürmisch ihr Geld zurück. All das erzeugte in Amerika einen starken Goldbedarf und zog große Mengen Goldes aus Europa ab. Man war deshalb hier ebenfalls genötigt, die Diskontsätze zu erhöhen und mittelst des erhöhten Zinsfußes um den Metallschatz der Banken eine Mauer zu ziehen. Zuerst taten dies die Privat-



banken, dann folgten die großen Zettelinstitute. Jetzt, da das ursprünglich festgerannte Leihkapital etwas locker geworden und zum Teil wieder den Banken zufließt und diese wieder über größere Mengen Goldes verfügen, ist die Knappheit, mit der man die zur Festhaltung des Geldwertes bestimmten Metallschätze hütete, gewichen oder doch im Weichen begriffen: Die „Geldspannung“ löst sich, und das Symptom dafür ist der sinkende Zinsfuß. Das Publikum kann über seine hinterlegten Kapitalien und Spargelder wieder verfügen, vor allem auch die Banken und sie können daher dem Handel und der Industrie neuerdings Geld zur Investition und zu Anlagen überlassen, und zwar zu einem billigeren Preise als vordem. Das Risiko ist nicht mehr so groß wie früher, die Risiko-prämie kann also ermäßigt werden.

Daß die Banken in verhältnismäßig so kurzer Zeit mit der Herabsetzung des Zinsfußes vorgehen konnten, ist ein günstiges Zeichen und erfreulich vom Standpunkte der arbeitenden Klassen. Denn der Vorgang läßt darauf schließen, daß die Ueberproduktion in der deutschen Industrie keine sonderliche Stärke erreicht hat und daß das wirtschaftliche Leben — soweit dies bei der privatkapitalistischen Produktionsweise überhaupt möglich — während der letzten Jahre von ungesunder Spekulation nur in einem verhältnismäßig geringen Grade verfehlt war. Die Krankheitstoffe, das heißt die unoliden Unternehmungen, die Schwindelgeschäfte, die ungenügend fundierten Spekulationsbetriebe wurden und werden größtenteils ausgeschieden, ihr Weiterwuchern durch die Anziehung der Disfontschraube durch die Banken hintangehalten. Die strengere Prüfung der Kreditverher hat sich als eine wohlthätige Maßregel bewährt, soweit sie es überhaupt vermag. Denn alles kann damit natürlich nicht erreicht werden. Die Nebel des Kapitalismus beschränken sich nicht auf die Gefahren des zu hohen oder zu niederen Zinsfußes, sie bestehen in der Unfähigkeit des Kapitalismus, das Gesetz von Angebot und Nachfrage jederszeit zu respektieren, die Produktion dem Bedarf gehörig anzupassen und diesen durch eine gerechtere Verteilung des Arbeiterproduktes oder des Arbeitsertrages immer kräftig zu erhalten. Der Kapitalismus vermehrt und steigert zwar die Leistungsfähigkeit der Produktion ins Ungeheure; er ist aber außerstande, diese unheimlich potenzierte Leistungsfähigkeit mit dem Konsum in Einklang zu bringen. Seine durch die verkehrte Steuer- und eine rückständige Sozialpolitik ungezügelt Profitgier treibt Raubbau mit der Arbeits- wie mit der Kaufkraft der großen Massen, und die nicht minder verderbliche Zoll- und Handelspolitik verschärft noch diesen Uebelstand, indem sie die Absatzmöglichkeiten des Weltmarktes verringert und die Aufnahmefähigkeit des Binnenmarktes schwächt.

Zunächst ist die Ermäßigung des Zinsfußes eine erfreuliche Sache. Denn wenn ein hoher Zinsfuß den Kredit sperrt, wenn er das Entstehen unsolider Unternehmungen droffelt, so würgt er doch auch die soliden Geschäfte: Sie können nicht hoffen, mit verteuertem Gelde auf ihre Kosten zu kommen, ihre gewohnte Rentabilität aufrechterhalten zu können. Das führt dann zu Betriebsbeschränkungen, Arbeiterentlassungen, Lohnreduktionen mit all ihrem Jammer, den die proletarischen Klassen so reichlich erfahren. Der Kapitalist kennt da kein Erbarmen, und Sentimentalitäten sind ihm fremd. Die Nachrichten aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet und von anderwärts liefern fast täglich Beweise dafür, daß der Kapitalist jederzeit bereit ist, „seine“ Arbeiter — wenn er ihrer nicht mehr bedarf und sie ihm lästig sind — zu opfern. Der Mohr hat ja seine Schuldigkeit getan, er kann und muß gehen, wenn es dem Unternehmer beliebt.

Und es beliebt ihm nur zu oft! Nicht jeder Fabrikant will auf Lager arbeiten lassen, nicht jeder die Erledigung der Aufträge derart verteilen, daß auch für die Zeit der schwächeren Konjunktur etwas bleibt. Die großen Unternehmungen haben zwar eine leichtere Kalkulationsmöglichkeit als die kleineren, die nur schlecht disponieren können; auch haben sie ein Interesse daran, einen Stock geschulter Arbeiter zu behalten. Aber wenn der Profit unter ein gewisses Maß sinkt und gar, wenn sich die Produktion als unrentabel erweist, dann muß der Proletarier über die Klinge springen.

Darum ist das Sinken des Zinsfußes im Interesse der arbeitenden Klassen zu begrüßen. Von den zahlreicheren Uebelständen des Kapitalismus wird wenigstens einer in seiner Härte gemildert, und die Gesundung des Weltmarktes läßt die Hoffnung zu, daß in absehbarer Zeit auch die übrigen Teile der Wirtschaft sich erholen werden. Allerdings, ehe neue Saat ausgestreut werden kann, wird noch manche Welle von der Nar in die Donau fließen.

Die klassenbewußte Arbeiterschaft hat aber dafür zu sorgen, daß die industrielle Konjunktur nicht

ausschließlich dem wetterwendigen Agrarierherrgott abhängig ist; denn heutzutage gilt vor allem das Wort: Hat der Arbeiter Geld, so hat's die ganze Welt!

### Korrespondenzen.

Gesperert sind: Gotha.

Schweiz: Gesperert sind die Firmen C. Bucher, Buchdruckerei in Luzern, Wwe. Baumers, Geschäftsbücherfabrik in Frauenfeld, und Excoffier, Lithographie in Genf (Genz Vives).

Vor jedem Stellungswechsel ist bei den örtlichen Bevollmächtigten Erkundigung nach den Arbeitsbedingungen einzuholen.

Gotha. Die Angabe in Nr. 12 der „Buchbinder-Zeitung“, daß anlässlich der Zusammenkunft der Kartonnagenfabrikanten in Leipzig am 1. März eine Photographie des Kollegen Seegelen verteilt worden sei, kann nicht in dieser Bestimmtheit aufrechterhalten werden. Mehrere uns gewordene Zuschriften betonen, daß nicht eine Photographie der am Streik beteiligten Personen, sondern ein von den Streikenden der Firma kurz vor Ausbruch des Streiks überreichtes Diplom vorgelegen habe. Wir fühlen uns darum veranlaßt, an dieser Stelle unseren Lesern hiervon Kenntnis zu geben. Von der Firma Leffler selbst erhielten wir keine Mitteilung, wohl aber wurde anlässlich der Verhandlung des Verbandsvorsitzenden in Gotha diesem gegenüber ebenfalls die Verteilung der Photographie abgestritten.

Dresden. In der am Sonnabend, den 21. März, stattgefundenen Versammlung referierte Genosse W. Bud über: „Die Bedeutung der Gewerbegerichte“. Redner schilderte in seinem lehrreichen Vortrag die ganze Entwicklungsgeschichte des gewerblichen Arbeitsvertrages, ferner die verschiedenen Streitfälle zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, welche durch das Gewerbegericht erledigt werden. Da durch die Gewerbegerichte die Arbeiter eher zu ihrem Recht gelangen können als bei den Zivilgerichten, so ist es auch Pflicht aller Gewerkschaften, überall für die Errichtung von Gewerbegerichten einzutreten. Wenn oftmals Kollegen und Kolleginnen mit ihren Klagen abgewiesen werden, so liegt das meistens daran, daß die Betreffenden ihr Recht nicht rechtzeitig geltend machen.

Berner erwidert, öfter solche Vorträge halten zu lassen, um die Kollegen in dieser wichtigen Angelegenheit immer mehr aufzuklären. Unter „Gewerkschaftsaktives“ wird verschiedenes über die Firma S ü h in M ü g e n berichtet. Dort sollen wiederum in den meisten Abteilungen Abzüge stattgefunden haben. Es wird hier wieder auf den bekannten Profuristen K a l l e n b a c h hingewiesen, welcher es versteht, den Hungerriemen der Arbeiter noch enger zu schnüren, um eine noch höhere Dividende herauszuschlagen zu können. Wenn früher 6 und 7 Proz. verteilt wurden, dann sind dieses Jahr 10 Proz. zur Verteilung gekommen. Bezeichnend ist, daß bei den Lohnreduzierungen auch die Arbeiter und Arbeiterinnen mitgetroffen werden, welche sich bei der letzten Lohnbewegung eines besonderen Schutzes seitens der Firma erfreuten. Hoffentlich kommen jetzt alle diese Arbeiter zur Einsicht und treten dem Buchbinderverband bei, denn nur durch die Organisation können bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse geschaffen werden.

Im weiteren wird noch darauf hingewiesen, daß am 4. April eine Versammlung stattfindet mit einem Referat über: „Die Bedeutung des 1. Mai.“ Ferner findet am 5. April ein Ausflug nach Wächwitz statt.

Berlin. In der am 23. März abgehaltenen öffentlichen Versammlung aller in Buchbindereien und Buchdruckereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen eröffnete der Referent Kollege Zinze- Leipzig seine Ausführungen zum ersten Punkt der Tagesordnung „Die gegenwärtige Lage im Beruf unter besonderer Berücksichtigung des tariflichen Verhältnisses“ mit folgenden Worten: „Ein anderes Bild hatte ich mir von einer Versammlung der Buchbinderbranche vorgestellt, als ich mir hier bietet.“

Und mit Recht, die Buchbinderbranche hat wieder einmal gezeigt, wie teilnahmslos sie allen Veranstellungen ihrer Kommissionen gegenüber steht. Wir können doch annehmen, daß die gegenwärtige Lage nicht solche rosig ist, um derartige Vorträge zu übergehen. Allerdings, wenn von einer Werkstatt wie der „Vorwärts“-Druckerei von 50 beschäftigten Personen nur 4 erscheinen, dann kann man sich denken, wie schwer die Agitation in anderen Werkstätten sein muß.

Zinke führte uns in treffender Weise die augenblickliche schlechte Lage im Beruf vor, indem er vor

allem die Ursachen dieser Strifen einer scharfen Kritik unterzog. Im weiteren gab er ein klares Bild über das Verhalten der Buchbinderbesitzer den Buchhändlern gegenüber, welche durch das Herabdrücken der Preise die Fertigstellung der Bücher auf eine immer einfachere und minderwertigere Art herbeiführen und dadurch natürlich der Bedarf an Arbeitspersonal ein immer geringerer wird. Anstatt nun aber ein geschlossenes Ganzes den Buchhändlern gegenüber zu stellen, zerteilen sie sich, um sich gegenseitig Konkurrenz zu bieten, aber den „maßlosen Forderungen“ (wie sie gern hervorheben) der Gehilfen gegenüber finden sie sich vereint wieder.

Als dritten und schwersten Punkt schildert uns Zinke die Konkurrenz der neuen Maschinen, welche durch ihre Einführung in Betriebe Hunderte von Kollegen der Arbeitslosigkeit zuführen.

An der Hand besonderer Beispiele bespricht derselbe die Leistungen der Decken-, Mebe- und Fertigmachmaschinen. Vor allen Dingen liegt die Schuld an den Gehilfen, welche an genannten Maschinen beschäftigt sind und es sich vielfach als besondere Ehre anrechnen, die Tätigkeit der Maschine zu einer sehr vielseitigen zu bringen und so der Gesamtheit enormen Schaden zuzufügen.

Indem der Referent die Anwesenden aufforderte, fleißig für den Verband zu agitieren, schloß er seine mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen.

Unter „Verschiedenes“ gab Nüger noch einen kurzen Bericht über die Tätigkeit des Berliner Tariffschiedsgerichts.

Berlin. Am Mittwoch, den 25. März, fand eine stark besuchte öffentliche Versammlung der in der Kartonnage beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen statt. Gauleiter Pfüke aus Dresden sprach über die Entwicklung der Kartonnage. Er führte aus, daß die Branche sich erst in den letzten zehn Jahren entwickelt habe. In den sechziger Jahren wurden die Kartons noch in den Buchbindereien hergestellt. Erst nachdem die Faltschachtel-Gestaltmaschine erfunden worden war, ging es rapide vorwärts und nun wurde eine Kartonnfabrik nach der anderen aufgemacht. Trotzdem aber die Herstellung der Kartons sich zu einer der größten Industriezweige entwickelt hat, haben die Aufbesserungen der Löhne nicht im entferntesten Schritt gehalten. Heute sind noch Anfangslöhne für Arbeiterinnen von 5 und 6 Mk. pro Woche zu verzeichnen. Dieses ist nur der großen Bedürfnislosigkeit der Kollegenschaft zuzuschreiben. Sie haben noch nicht ihre traurige Lage erkannt. Überall in den Städten, wo die Infestigung von Kartons vor sich geht, haben die Kollegen und Kolleginnen versucht, ihre Lohnverhältnisse zu verbessern, und es ist ihnen dies auch in verschiedenen Städten durch die Organisation gelungen. Aber in Berlin hat man sich noch nicht aufgerafft, den Kollegen in den Provinzstädten mit gutem Beispiel voranzugehen. Es sind genug Kollegen und Kolleginnen vorhanden, die ganz gut mitarbeiten könnten an der Gewinnung neuer Mitglieder für die Organisation. Es kommt hauptsächlich darauf an, daß sich alle Arbeiter und Arbeiterinnen der Organisation anschließen, erst dann sind sie imstande, den Prinzipalen zu zeigen, daß es ihnen bitter ernst damit ist, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Die Arbeitgeber haben von uns gelernt, sich ebenso zusammenzuschließen, wie wir es tun. Erst vor kurzem hat sich die Gründung des Zentralverbandes der Fabrikanten vollzogen. Man sieht auch hier wieder, daß es nur geschieht, um gegen berechtigten Forderungen von Seiten der Arbeiter gewappnet zu sein.

Die größten Konkurrenten in der Preisdrückerei sind die Heimarbeiter sowie die Kinderarbeit. Leider ist es hier der Fall, daß die Heimarbeiter von der Organisation nichts wissen wollen. Es muß immer wieder versucht werden, diese auf ihre traurige Lage aufmerksam zu machen. Sie sind diejenigen, die die Aufbesserung der Löhne der in den Betrieben Beschäftigten hemmen und für jeden Preis, der ihnen geboten wird, die Arbeit verrichten. Redner geht noch auf die Unterstützungen, die der Deutsche Buchbinderverband eingeführt hat, ein. Der Beifall, den Kollege Pfüke für seinen Vortrag erntete, beweist, daß seine Worte fruchtbaren Boden gefunden haben.

An diesen Vortrag schloß sich eine sehr lebhafte Diskussion an. Pfüke führte in seinem Schlusswort aus, daß die Diskussion gezeigt habe, daß noch Kolleginnen vorhanden sind, die ganz gut ihre Kräfte der Organisation zur Verfügung stellen können. Es kommt hauptsächlich auf die Kleinarbeit an, denn hierin muß noch mehr geleistet werden, als wie es bisher der Fall war. Wir dürfen in der Agitation nicht erlahmen, alles muß versucht werden, bis auch der letzte der Organisation zugeführt ist.

Erfurt. Recht eigentümliche Zustände scheinen bei der Präge- und Vergoldeanstalt L i n k e in Erfurt zu herrschen. Einem Kollegen, der sich weigerte,

...

Gothaer Streifarbeit zu machen, wurde gekündigt und Arbeitsvertrag als Grund angegeben. Herr Linke fühlte sich sogar veranlaßt, dem betr. Kollegen den letzten Wochenlohn einzubehalten wegen verpflüchteter Arbeit. Vor dem Gewerbegericht wird Herr Linke klargemacht werden, daß er hierzu kein Recht hat. Ferner hat die Firma wohl einen Verbandsfaßten; versehen außen mit einem roten Kreuz, versehen innen mit — nichts. Außerdem existiert eine handchriftliche Arbeitsordnung, welcher die behördliche Bestätigung mangelt. Nach dieser Arbeitsordnung werden für Zuspätkommen Strafgebühren abgezogen, welche laut derselben Arbeitsordnung in Krankheitsfällen Verwendung finden sollen. Leider hat bis jetzt noch keine der Herr Linke beschäftigten Personen diese Wohlthat empfunden, sondern diese Strafgebühren sind einfach in die Tasche des Herrn Linke geflossen. Auch scheint Herr Linke seinen Arbeiterinnen gegenüber sich alles erlauben zu dürfen, sagte doch der Herr kürzlich zu einer derselben: „Ich schlage Ihnen eine in die F...e, Sie dummes W...h.“

Auch der Geschäftsbüchereifabrik Bernhard Sahne müssen wir einige Worte widmen. Beliebt es doch Herr Sahne, seit einiger Zeit mit Vorliebe Nichtverbänder einzustellen, ja er macht sogar bei Stellungsuchenden das Engagement davon abhängig, wie aus einem an uns gerichteten Brief eines dort leistungsfähigen Kollegen hervorgeht. Wiederholt waren Kollegen dieser Firma organisiert; nach kurzer Mitgliedschaft meldeten sich dieselben wieder ab, weil sie von Herrn Sahne vor die Alternative gestellt seien, entweder ihre Stellung zu verlieren oder aus dem Verband zu treten. Bedauerlicherweise wählen die Kollegen oftmals das Letztere. Nun vermögen wir die Maßnahmen des Herrn Sahne nicht für konsequent zu halten, denn bei der Lohnbewegung im Jahre 1905 war derselbe einer der ersten, der unsere Forderungen bewilligte. Ferner ist Herr Sahne Mitglied der Tarifgemeinschaft der deutschen Buchdrucker, hat also den Buchdrucker tarif anerkannt und nimmt für sich das Recht in Anspruch, seiner Organisation anzugehören, verbietet aber einem Teil (wir haben auch dort organisierte Kollegen) her bei ihm beschäftigten Buchbinder das Koalitionsrecht. Oder betrachtet Herr Sahne die Buchbinder als Menschen zweiter Klasse?

In den beiden Kartonnagenfabriken Dorisch und Sabor scheinen die Kollegen und Kolleginnen zu schlafen, denn trotz eifriger Agitation seitens des Zahlstellenvorstandes war es nicht möglich, dieselben aus ihrem Schlaf aufzurütteln. Wie uns mitgeteilt wurde, existiert bei Dorisch unter den Arbeitern selbst ein Schmarobersystem, wie es unter Arbeitern nicht sein sollte. Demnach scheint sich einer vor dem andern zu fürchten. Es ist dies ein so bedauerlicher, als vor und während der Lohnbewegung im Jahre 1905 bis auf wenige Ausnahmen alles organisiert war. Daß der Zentralverband deutscher Kartonnagenfabrikanten gegründet wurde, speziell um der Arbeiterorganisation eine viel mächtigere Arbeitgeberorganisation entgegenzustellen, daß die beiden Fabrikanten Dorisch und Sabor Mitglieder des Thüringischen Kartonnagenfabrikanten-Verbandes und durch diesen Mitglieder des Zentralverbandes sind, scheint an diesen Kollegen und Kolleginnen spurlos vorüberzugehen, anstatt sich auf sich selbst zu besinnen und ebenfalls daselbe zu tun.

Hoffen wir, daß die jetzt einsetzende Agitation unter dieser Kategorie endlich von Erfolg gekrönt sein möge. Hoffen wir es im Interesse dieser Kollegen und Kolleginnen, daß sie endlich zur Einsicht kommen, ehe es zu spät ist.

In einem späteren Artikel zu gegebener Zeit werden wir die anderen Erfurter Firmen einmal unter die Lupe nehmen.

**Rundschau.**

Herr Karl Karfunkelstein, seines Zeichens Zugspapierwarenfabrikant in Berlin, der sich die edle Aufgabe gestellt hat, recht viele junge Mädchen in die Geheimnisse dieser Branche einzuweißen und dessen menschenfreundliches Gebaren wir in vorletzter Nummer hier gebührend hieher hängten, ist darüber sehr entrüstet. Allerdings persifliert er uns in seinem Briefe, mit dem er uns darüber beehrte, daß ihm unsere Notiz sehr schmutzig ist, weil es ihm glückte, auf sein Inserat genügend Leherkräfte für 350 Mt. wöchentl. zu finden. Wenn einem aber etwas schmutzig ist, so ereifert man sich wohl schwerlich derartig darüber, wie es Herr Karfunkelstein in seinem Schreibbriefe tut. Diese Versicherung blieb freilich Herrn Karfunkelstein als einzige Erwiderung übrig; denn Ableugnen läßt sich nun einmal die festgenagelte Tatsache nicht und beschönigen ebensowenig.

Am aber sein Konterfei als Menschenfreund noch würdiger zu vervollständigen, hat Herr K. es für gut befunden, die schönsten Schatzkammerallüren uns gegenüber herauszufehren: Nachdem er aus tief-

bevegtem Herzen sein Bedauern ausspricht über „die dummen Leute, die sich durch das Proletariat in Glacehandschuhen betölpeln lassen“, verleiht er sich zu der erschrecklichen Drohung, daß er solche Verführte in seinem Geschäft nicht dulde und „alle Leute, die sich seinen Anordnungen nicht fügen oder in einem sozialdemokratischen Verband sind, bei Kennntisnahme hinauswerfen werde!“

Aber das ist ja ganz entsetzlich, Herr Karfunkelstein! Wir sind ob dieser Drohung beinahe auf den Rücken gefallen; doch fiel uns ein, daß wir so etwas schon öfters hörten und daß solche Leutchen aber gar oft schon klein beigegeben mußten. Verstodte Sünder, wie wir nun einmal sind, haben wir uns längst über solche Drohungen hinweggesetzt und den besten Vorfall, mit immer größerer Kraft weiter zu agitieren und unsere Kollegen und Kolleginnen aufzuklären. Und unsere „betölpelten“ Mitglieder werden jedenfalls besser beurteilen können, ob es für sie vorteilhafter ist, wenn sie ihrem Verbands einen freiwilligen Beitrag zahlen und einen starken Schutz gegen alle Unbilden, die aus ihrem Arbeitsverhältnis resultieren, in ihm haben, oder ob sie vorteilhafter sahen, wenn sie diesen Beitrag sparen und der Willkür und gewissenlosesten Ausbeutung mancher Unternehmern gegenübersehen.

**Nur Vereinsliste? — Ober Gemgericht?** Die Rundschau notiz in Nr. 12 hat bereits ein Resultat gezeigt, indem wir nachfolgendes Schreiben erhielten:

Geehrte Redaktion!

Bezugnehmend auf die Notiz in Nr. 12 der „Buchbinder-Zeitung“, den „Verein Berliner Buchbinderei-Werkmeister“ betreffend, bitte ich um Aufnahme folgender Erklärung:

Als in einer Sitzung dieses Vereins angefordert wurde, die uns bekannten Namen jener Gehülften, der sog. „Seher“ und „Stänker“, anzugeben, da habe ich mich als einziger ganz entschieden geweigert, dies zu tun, und zugleich erklärt, daß ich mich an einem derartigen Treiben nicht beteiligen werde und die Schaffung einer Art schwarzen Liste scharf verurteile. Aus diesem Grunde habe ich auch meinen Austritt erklärt und möchte ich durch Veröffentlichung dieser Zeilen von dem Verdacht der Mitgliedschaft dieses Vereins befreit werden.

Hochachtungsvoll

Sonnenburg, Werkmeister.

Es ist ohne Zweifel keine Ehre, Mitglied einer Gemeinschaft zu sein, die aufgebaut ist auf feiger Hinterlist und nur durch das Züchten eines widerlichen Schmarobertums existenzfähig sein kann. Darum ist es wohl zu verstehen, wenn einzelne von diesem Gebilde abtruden und nichts mit ihm zu tun haben wollen. Aber damit ist der Allgemeinheit gar nichts gebient. Soll das schändliche Treiben seinem Ende zugeführt werden, dann ist es erstes Erfordernis, daß man ihm auch energisch zu Leibe rückt. Denn einige wenige sind sehr wohl in der Lage, die ganze Berufsgruppe schwer im Ansehen zu schädigen. Darum müßten es die Buchbindereiwerkmeister als ihre erste und heiligste Pflicht betrachten, nicht eher zu ruhen, als bis das Treiben dieser dunklen Ehrenmänner an den Pranger gestellt ist. Hier muß gefordert werden: an den Schandpfahl mit den Namen dieser zweifelhaften Existenzen, und Pflichten des Werkmeister-Verbandes ist es, das Unkraut auszurotten, wenn er nicht den Vorwurf auf sich nehmen will, daß er diesem Zustand Vorstoß leistet.

An die rechte Schmiehe hat sich Herr F. Haase, Hofbuchbindermeister in Schwerin, genannt, als er uns mit einem Inzeratenauftrag zu beglücken gedachte, nach welchem er einen Buchbindergehülften sucht, der Nichtverbänder sein muß. Es gehört allerdings schon etwas dazu, wenn derartige Verlangen an Verbandszeitungen gestellt werden. Nur ist es schade, daß der Herr Hofbuchbinder nicht verrät, warum ihm die Verbandsmitglieder nicht genügen sind. Sind ihm deren Forderungen zu hoch oder glaubt er seinem Titel Abbruch zu tun, wenn er „freier“ Verbänder in seinem Betrieb beschäftigt? Ins Land des Ochsenkopfes dürfte sich übrigens nicht so leicht ein Mitglied verlaufen und kann darum der Herr Hofbuchbindermeister ruhig sein, er wird nicht von einem fflf Verbänder bestellt werden, denn diese sind so selbstbewußt, daß sie solche Betriebe gern meiden.

**Von der heftigen Gewerbeinspektion.** Kaum ein Verur der gesamten deutschen Industrie wird in den Berichten der Gewerbeinspektoren so tiefmützlich behandelt, wie die Buchbinderei und die verwandten Berufe. Kaum wenige Zeilen befinden sich in dem im März erschienenen Jahresberichte der großherzoglich heftigen Gewerbeinspektionen für das Jahr 1907 über die Buchbinderei. Aus dem Darmstädter Aufsichtsbezirk wird gemeldet, daß wegen des engen technischen Zusammenhanges der Beschäftigung der jugendlichen und erwachsenen Ar-

beiter einer Buchbinderei gestattet wurde, die Vor- und Nachmittagspausen der 3 jugendlichen Arbeiter auf je eine Viertelstunde bei zehnstündiger Arbeitszeit zu beschränken, wenn die Mittagszeit eine halbe Stunde dauert. Die Arbeiter legten Wert darauf, mehr Zeit zur Erreichung ihres Heimes und zur Einnahme ihrer Mahlzeiten zu erlangen. Aus Siegen wird gemeldet, daß unter den Hausindustriellen des Aufsichtsbezirktes die Dütenkleberei zu erwähnen ist, der sich 50 bis 55 Familien in ihren Wohnungen widmen.

Damit haben wir, falls wir nicht in dem leider ohne Sachregister erscheinenden Berichte irgendeine Nebenfähigkeit übersehen haben sollten, erschöpft, was über die Buchbinderei und über die verwandten Gewerbe in dem Berichte zu finden ist. Von allgemeinem Interesse ist die Ausdehnung der Organisation der Gewerbeinspektion. Durch die Ernennung von 5 Gehülften aus der Arbeiterklasse, und zwar eines Gehülften, der der Arbeiterklasse entnommen ist, für jede der 5 Gewerbeinspektionen, ist nun auch für Hessen eine seit langem gestellte Forderung der Arbeiter wenigstens im Prinzip erfüllt. Um eine praktische Wirksamkeit zu entfalten, muß die Zahl der Arbeiterinspektoren so groß werden, daß das Bedürfnis nach polizeilicher Unterstützung der Gewerbeinspektion überflüssig wird. Man muß verlangen, daß die Arbeiter lediglich nach ihren Fähigkeiten und nicht nach der Gunst, die sie sich durch ihre Gesinnung bei den Behörden erworben haben, ernannt werden. Von den Arbeitern in der Gewerbeinspektion soll gehofft werden, daß sie sich auch in ihrer neuen Stellung als Mitglieder der Arbeiterklasse weiter fühlen und geben, daß sie nicht bürokratische Manieren annehmen. Endlich muß verlangt werden, daß die Arbeiterinspektoren die Möglichkeit erhalten, zu höheren Stellungen in der Gewerbeinspektion entsprechend bewährter Fähigkeit und Leistungen aufzusteigen zu können.

Offentlich werden wir bei Behandlung des nächstjährigen Berichtes Günstiges über die „Gewerbeinspektion durch Arbeiter“ mitteilen können. Wir wünschen, daß auch dann mehr über die Tätigkeit der Gewerbeinspektion auf dem Gebiete der Buchbinderei und der verwandten Berufsgenossen mitzuteilen sein wird.

**Pappe aus Stalmit.** Den Afrika selbst würde sich als gefälghen bekennen müssen, wenn er Kenntnis nehmen könnte davon, was die „Papier-Zeitung“ vom 29. März berichtet. Diese sagt da:

„Das amerikanische Patent 881 098 von Moses B. Distin in New York scheint uns eine der vielen Erfindungen zu sein, welche nicht auf Grund von Erfahrung und Sachkenntnis, sondern lediglich vom grünen Tisch aus gemacht werden. Wir bringen einen kurzen Auszug, in der Annahme, daß er bei manchem Leser Heiterkeit hervorrufen wird.“

Stalmit, bestehend aus Stroh, Heu, Hafers-hülfen usw., wird in einem Behälter mit Wasser, welchem auf 1 Gallone 2 Unzen Karbolsäure zugesetzt werden, 3 Stunden lang tüchtig gerührt. Das Wasser wird dann abgelassen und der im Behälter gebliebene, gewaschene und zum Teil vom Geruch befreite Inhalt während 3 Stunden mit gespanntem Dampf behandelt und gleichzeitig gründlich gerührt. Dabei wird der Rest des Stallgeruchs beseitigt und auch der Geruch der Karbolsäure zerstört. Die gedämpfte Masse wird nach reichlichem Waschen im Holländer zu Papierstoff gemahlen, wobei auf jede Tonne Faserstoff 5 Pfund Kampfer zugesetzt werden. Dieser Zusatz bewirkt, daß die aus solchem Stoff hergestellte Pappe zu Schachteln verarbeitet werden kann, welche volle Sicherheit gegen Insekten und alle Arten von Bakterien bieten und daher zur Aufbewahrung von Pelzen und Wollstoffen dienen sollen. Solche Pappe als Baustoff wird auch die Wohnungen gegen Ungeziefer schützen; sie stellt sich sehr billig, weil der Rohstoff umsonst zu haben ist. Um der Pappe größere Festigkeit zu verleihen, kann sie auf einer oder auf beiden Seiten mit Stofflagen aus feisteren Fasern bekleidet werden. Damit die Pappe als Baustoff von Wärmern nicht zerstört werden kann, wird dem Stoff im Holländer eine entsprechende Menge Sublimats oder eines anderen insektenstöbenden Mittels beigemischt.“

Nun fehlte bloß noch, daß die also hergestellten Kartons auch zum Aufbewahren von Genussmitteln dienen würden, dann guten Appetit. Uebrigens ist diese Meldung echt amerikanisches Geschrei, dem keinerlei ernsthafte Bedeutung beizumessen ist, was ja auch die „Papier-Zeitung“ eingangs in ähnlicher Weise zum Ausdruck bringt.

**Der Streik der Reichstagsjournalisten.** Das mächtige Gebäude vor dem Berliner Brandenburger Tor war jüngst der Schauplatz eines Ereignisses, welches keineswegs zu den Alltäglichkeiten gehört. Der Streik der Journalisten des Deutschen Reichstags bewegte alle Gemüter, nicht nur innerhalb der schwarz-weiß-roten Grenzpfähle, sondern weit darüber hinaus, sogar bis über den großen Teich landte er seine Wellen. Kleine Ursachen, große



Wirkungen. Ein wenig parlamentarischer Zurschnepper, der dem Gehege der Fühne des Zentrumsmanns Gröber entschlüpfte, war die Ursache, daß der staunenden Mittwelt in klarer, unabweidungiger Weise die Unentbehrlichkeit der Presse vordemonstriert werden konnte, bis das erlösende Wort, die Witte um Entschuldigung für seine Unbedachtbarkeit, den Lippen des großen Gröber entquoll. Daß die Sachlage sich so zuspitzen konnte, so daß die Presse auf Parlamentsberichte verzichten mußte, das hat sie dem Reichstagspräsidium zu danken, welches in keiner Weise der Situation sich gewachsen zeigte.

Gefälligte Tarifverträge. Als einen Akt „sozialer Notwehr“ bezeichnete der Staatsanwalt die Handlungsweise des Pubermeisters Gustav Krämmer, der sich unter der Anklage des Betrugs und der schweren Urkundenfälschung vor der dritten Strafkammer des Berliner Landgerichts I zu verantworten hatte. Krämmer beschäftigt Puber und Bauarbeiter und übernimmt sämtliche Puberarbeiten auf Neubauten. Als durch die Streikbewegungen und Ausperrungen im Baugewerbe die allgemeine Bautätigkeit lahmgelegt worden war, hatte Krämmer gerade einen Auftrag für einen Neubau des Bauunternehmers Professor Dr. David Joseph in Charlottenburg angenommen. Infolge des Streiks war es dem Angeklagten nicht möglich, Arbeitskräfte zu erlangen. Sein Auftraggeber weigerte sich, die von dem Zentralverband der Maurer festgesetzten Tarifverträge anzuerkennen. Krämmer geriet dadurch in eine Zwangslage und fälschte die Interzession seines Auftraggebers Joseph auf einem Tarifvertragsformular. Die Leitung des Zentralverbandes der Maurer nahm an, daß Joseph den neuen Tarif angenommen hatte, und jetzt erlangte Krämmer Puber und konnte den Neubau fertigstellen. Krämmer wandte dieses Mittel noch einmal an und ließ sich obendrein einen Stempel anfertigen mit der Aufschrift: „Zentralverband der Maurer, Sektion Puber“. Mit diesem Stempelte er dann die übrigen Verträge ab. Der Staatsanwalt war der Ansicht, daß man die Tat des Angeklagten im gewissen Sinne als einen Akt sozialer Notwehr bezeichnen könne. Da es ihm nicht möglich war, sich auf eine andere Weise vor einem Ruin zu retten, habe er eben zu diesem allerdings sehr straffälligen Mittel gegriffen. Da er aber nicht in betrügerischer Absicht gehandelt hatte, sondern nur um eine Arbeitsmöglichkeit zu erhalten, beantragte der Staatsanwalt einen Monat und eine Woche Gefängnis. Das Gericht erkannte wegen Urkundenfälschung in zwei Fällen auf drei Wochen Gefängnis. (S. E.)

Das Reichsvereinsgesetz ist nunmehr von der Kommission in zweiter Lesung durchberaten worden. Es sind einige Verbesserungen an dem Entwurf der Regierung vorgenommen, dem aber solche Verbesserungen entgegenstehen, daß für die Arbeiterschaft die Zustimmung nicht möglich ist. Insbesondere ist die Mitgliedschaft in politischen Vereinen und die Teilnahme an öffentlichen Versammlungen jungen Leuten unter 18 Jahren verboten, und es können die Versammlungsleiter bestraft werden, die anders verfahren. Das Ausnahmegesetz des § 7, die Sprachenbestimmung, ist so festgelegt, daß in den Bezirken, wo mindestens 60 Prozent alkeingesessene fremdsprachliche Bürger wohnen, auf 20 Jahre die fremde Sprache zugelassen bleibt. Nachher darf nur deutsch geredet werden. Diese Bestimmung haben die „freisinnigen“ Parteien in das Gesetz eingebracht. Ob sie das Plenum annimmt, ist noch unentschieden, weil sich lebhafter Widerspruch geltend macht. Da das Gesetz noch vor Ostern erledigt werden soll, müssen wir uns bald ausführlich mit der Annahme oder dem Fall beschäftigen.

Gegen das Arbeitskammergesetz. In Stuttgart tagte am Sonntag, den 29. März, eine Konferenz der württembergischen Gewerkschaften, um Stellung gegen den Regierungsentwurf zu nehmen. Gewerkschaftssekretär Räther referierte über den Entwurf; nach kurzer Debatte wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der das Gesetz für unannehmbar erklärt, nach Aufzählung der größten Nachteile an dem Entwurf die Forderung nach Arbeiterkammern nachdrücklich erhoben und für diese ein kurzes Programm aufgestellt wird, das die Forderungen der organisierten Arbeiterschaft enthält. Auf der Konferenz waren sämtliche 58 Gewerkschaftskartelle durch 352 Delegierte vertreten. Der Minister des Innern und die Gewerbeinspektoren hatten unter Dankesausdruck für die Einladung die Teilnahme an der Konferenz abgelehnt; die Gewerbeämter mit der Begründung, daß es sich um keine Angelegenheit des „Arbeiter-Schutzes“ handle. Die Christen teilten mit, daß sie nicht erschienen, weil sie zu den Vorarbeiten nicht hinzugezogen wurden und sie auch für Arbeitskammern eintreten; die Hirsch-Dunker'schen Gewerkschaften waren der Konferenz ohne Mitteilung ferngeblieben. Der Protest von fast 60 000 frei Organisierten konnte durch das Fernbleiben der zusammen 5000 Mitglieder zählenden Organisation nicht beeinträchtigt werden.

Der sechste Kongress der Gewerkschaften Deutschlands wird nunmehr offiziell seitens der Generalkommission für Montag, den 22. Juni 1908, nach dem Gewerkschaftshaus in Hamburg einberufen. Die vorläufige Tagesordnung umfaßt folgende neun Punkte: 1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten (Wahl der Kommissionen, Prüfung der Mandate usw.). 2. Rechenschaftsbericht der Generalkommission. Berichterstatter: E. Legien-Berlin. Beratung der Anträge, betreffend: a) Allgemeine Agitation; b) Arbeiterinnen-Sekretariat. Berichterstatterin: J. Altmann-Berlin; c) Agitation unter den Dienstboten. Berichterstatterin: H. Grünberg-Mürnberg; d) Agitation unter den fremdsprachlichen Arbeitern; e) Streikunterstützung und Streikstatistik; f) Heimarbeiterschutz; g) Kommission zur Beseitigung des Koff- und Logiszwanges beim Arbeitgeber. Berichterstatter: H. Blum-Berlin; h) „Correspondenzblatt“. 3. Bericht über das Zentralarbeitersekretariat. Berichterstatter: Robert Schmidt-Berlin. a) Die Vertretung der Rechtssuchenden durch die Arbeiter- und Gewerkschaftssekretäre vor den Gerichten. Berichterstatter: E. Lesche-Hamburg. 4. Die staatliche Versicherung der Privatangestellten. Referent: H. Lange-Hamburg. 5. Die gewerbsmäßige Stellenvermittlung. Referent: H. Bösch-Berlin. 6. Der Vorkopf als gewerkschaftliches Kampfmittel. Referent: D. Altmann-Hamburg. 7. Grenzstreitigkeiten. 8. Beratung der nicht unter den vorstehenden Punkten erledigten Anträge. 9. Die Entwicklung der sozialen Gesetzgebung in Deutschland. Referent: H. Wolkensuhr-Berlin.

Wir kommen darauf zurück. Aus den deutschen Gewerkschaften. Folgende Verbandstage deutscher Gewerkschaften sind für die nächsten Monate bisher einberufen worden:

Württemberg	15. Juni nach	Cassel.
Buchbinder	24. Mai	Cöln a. Rh.
Buchdr.-Gilsarb.	1. Juni	München.
Bureauangestellte	18. April	Berlin.
Schäbeler	21. April	Mannheim.
Gastwirtsgehilfen	12. Mai	Leipzig.
Hafenarbeiter	11. Mai	Hamburg.
Handlungsgehilfen	7. Juni	München.
Holzarbeiter	24. Mai	Stettin.
Leberarbeiter	17. Mai	Frankfurt a. M.
Maschinenisten	19. April	Cöln a. Rh.
Porzellanarbeiter	7. Juni	Charlottenburg.
Schmiede	17. Mai	Dresden.
Schneider	17. August	Frankfurt a. M.
Schuhmacher	15. Juni	Gotha.
Steinarbeiter	6. April	Cassel.
Stoffateure	4. Mai	Mürnberg.
Textilarbeiter	4. Mai	Leipzig.

(„Correspondenzblatt.“)

### Ctuisarbeiter und -Arbeiterinnen!

Vom 1. April ab lautet die Adresse des Zentral-Arbeitsnachweises der Ctuisarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands: H. Kulikowski, Rixdorf, Kaiser-Friedrichstraße 77, IV.

Untergeordnete Kommissionen ersucht die Kollegen-schaft Deutschlands, mehr wie bisher die Kommission zu unterstützen, sei es durch Vermittlung von offenen Stellen oder durch steten Hinweis, daß die arbeitslosen Kollegen unseren Nachweise benutzen möchten. Ebenso ersuchen wir die Kollegen-schaft, etwaige Vorkommnisse in Betrieben oder Orten, welche für uns in Betracht kommen, bestimmt und sobald als möglich uns mitzuteilen.

Zentral-Kommission und Zentral-Arbeitsnachweis der Ctuisarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands. H. A.: Albert Kulikowski, Rixdorf, Kaiser-Friedrichstraße 77, IV.

### Adressenänderungen.

Gau V. Gauvorort Magdeburg: H. Herzberg, Magdeburg-Wilhelmstadt, Friesenstraße 20. Nürnberg. Alle die Zahlstelle Nürnberg betreffenden Zuschriften sind zu richten an Fr. Weindöder, Nürnberg, Reichstraße 28, I.

### Fragekasten.

Einer unserer Kollegen bittet um Beantwortung nachstehender Fragen:  
1. Welche Fabrik fertigt automatische Kartonklebmaschinen für Papierrollen und Schrenz?  
2. Namn einer der Mitglieder den Verlag des „Handbuch für Kartonfabrikation“ angeben?  
3. Mit was befreicht man Photographiekarton, um beim Goldauftragen das leidige Fortfliegen des Goldes zu verhindern? (Es werden jedesmal größere Posten aufgetragen und dann erst abgedruckt.)

### Briefkasten.

H. Br. in B. Soll stets promptesten besorgt werden. — W. B. in St. Adressenverzeichnis wurden an den Vorstehenden gesandt. — M. M. in G. Sie müssen diesen Antrag unter Anführung bestimmter Fälle zur Begründung an den Verbandsvorstand richten. — R. M. in G. Brief kostete Strapazto. — E. G. in D. Sobald Sie Ihr Einverständnis damit bekunden, daß die höchst überflüssigen persönlichen Anempfehlungen gestrichen werden, soll Ihre Zuschrift zum Abdruck kommen. Andersfalls abgelehnt. — B. L. in A. Berichte von Festlichkeiten usw. können nicht aufgenommen werden.

### Literarisches.

„Monatshefte für graphisches Kunstgewerbe“. Herausgeber Kunstmalers Albert Knab, Berlin. Verlag von Carl Flemming, A.-G., Berlin W. 35 und Glogau. 6. Jahrgang, Heft 5 und 6. Die beiden vorliegenden Hefte stehen unter dem Zeichen der im Februar veranstalteten „Ausstellung, umfassend Geschäftsansstattung und Deklamation“. Im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, erschien soeben: Das Submissionswesen. Von Fritz Paschlow. Eine Darstellung des heutigen Submissionswesens und seiner Auswüchse. Diese Arbeit wird den sozialdemokratischen Stadtverordneten und Gemeindevorsteher willkommen sein. Wer in der Gewerkschaftsbewegung tätig ist, wird mit besonderem Interesse die Kapitel: Die Streiklausel — Wie stellt sich die organisierte Arbeiterschaft zum Submissionswesen? — und Geschichte der Lohnlausel — lesen. In einem Anhang werden einige Submissionsblüten aufgeführt. — Der Preis dieses Heftes beträgt 1 Mark. Die Agitationsausgabe kostet 40 Pf. Zu beziehen durch alle Parteidruckhandlungen und Kolporteurs.

## ANZEIGEN

Herzlichen Glückwunsch und ein donnerndes Hoch unserm lieben **Mathes Geyer** zur Vermählung. Die Kollegen und Kolleginnen der Firma Schloß. 196]

Unserm Kollegen [197] **Erno Seiler** zur Vermählung mit Fräulein **Auguste Kirsamp** die herzlichsten Glückwünsche. Zahlstelle Darmen.

Unlich verpätet. Unserer lieben Kollegin **Elise Wilhelm** zu ihrer Verlobung mit Herrn **Paul Wahn** die herzlichsten Glückwünsche. Zahlstelle Dessau.

**Tüchtige Etuismacher** [199] auf **Schmuckstein** werden für **dauern** bei hohem Lohn **per sofort** gesucht. Off. sub **G. 201** a. d. Exped. d. Bl.

**Adellose Existenz** bietet sich durch den Anlauf eines modern eingerichteten Zigarren-Spezialgeschäftes, Ekladen mit großer Ladenfläche und Vorkaal, für **Buchbinder**, da noch keine Konkurrenz. Gute Geschäftslage, Haltestelle der elektrischen Straßenbahn. Off. unter **L. U. 2028** an **Rudolf Mosse, Leipzig.** 200] [3,60

Wegen Vergrößerung d. Geschäfts gesucht **tätiger Teilnehmer.** Bedingung: solider, tüchtiger Buchbinder, welcher auch mit dem Satz und Druck an der Tiegeldruckpresse vertraut ist. Eventl. vorläufig als Gehülfe gegen Lohn und Prozente. Etwas Vermögen erwünscht, jedoch nicht Bedingung. Off. mit Zeugnisabschr. erbeten an **Ech. Ertmann, Bischoffstein, Dstpr. Buchb., Buchdr., Buch- u. Papierhandlung.**

Zentral-Kranken- u. Begräbniskasse d. Buchbinder etc. (Eingeschr. Hülfsk.) Sitz Leipzig.

Verwaltungsstelle Stuttgart. Den 23. März starb unser lang-jähriges Mitglied [202] Christian Graner von Magstadt im Alter v. 60 Jahren. 1.- Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Dresden. Hierdurch zur Mitteilung, daß unsere Mitglieder, der Präger Oskar Naumann a. 21. 3. u. d. Kartomagenarbeiterin Marta Lindner, geb. Birke, am 24. 3. 1908 verstorben sind. [203] Ehre ihrem Andenken! 1.40 Die Verwaltung.

Zahlstelle Lahr. Am 14. März verstarb nach längerem Leiden unser lang-jähriges Mitglied, Kollege [204] Fritz Haßhagen aus Lahr im Alter von 42 Jahren. Wir werden ihm ein treues Andenken bewahren. 1.30 Die Ortsverwaltung.

Zahlstelle Berlin. Nachruf! Am 20. 3. 08. verstarb unser Kollege [205] [1.30] Kasimir Jabczinski im Alter von 27 Jahren. Ehre seinem Andenken! Die Ortsverwaltung.

Gau 12. Am 24. März verschied unser Vertrauensmann für Ave i. E., der brave Kollege [206] [1.60] Emil Nickel im Alter von 41 Jahren. Er war uns ein lieber, aufopferungsfreudiger Kollege und werden wir seiner immer ehrend gedenken. Der Gauvorstand Gau 12.



O. Th. Winckler, Leipzig Papier- u. Lederwaren Buchbindereibedarf

Zahlstelle Berlin.

Montag, den 6. April 1908, abends 6 1/2 Uhr:

Bezirks - Versammlung

für den Süd-Westen, im Restaurant Lebensquelle, Kommandantenstr. 20. 208] Vortrag [2.20] des Genossen Fritz Müntner: Ernst und Kartelle. Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder und verwandten Geschäftszweige (E. J.)

Gemäß dem § 31 der Statuten beruft der Unterzeichnete die regelmäßige

Ordentl. Generalversammlung

Nach Beschluß der letzten ordentlichen Generalversammlung zu Magdeburg findet diese Generalversammlung in Frankfurt a. M. statt und zwar

Sonntag, den 28. und wenn nötig den 29. Juni d. J. in Gewerkschaftshaus. Eröffnung Sonntag, den 28. Juni, vorm. 9 Uhr.

Tages-Ordnung:

- 1. Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes. 2. Bericht des Ausschusses. 3. Prüfung und Befätigung der Jahresrechnungen von 1905, 1906 und 1907. 4. Beratung und Beschlußfassung der auf Abänderung des Statuts gestellten Anträge. 5. Feststellung der Beamtgehälter. 6. Wahl und Entlastung des Vorstandes, des Ausschusses und deren Ersatzmänner. 7. Wahl des Revisionsausschusses zur Prüfung der Jahresrechnungen. 8. Verschiedenes.

Anträge, welche auf die Tagesordnung der Generalversammlung kommen sollen, müssen mindestens 8 Wochen vor derselben (also bis 8. Mai) dem Vorstand der Kasse schriftlich eingereicht werden. Diese Anträge erbitten wir separat geschrieben und mit genauer Bezeichnung, zu welchen Paragraphen des gegenwärtig gültigen Statuts dieselben gestellt sind, einzufenden.

Die Wahl der Abgeordneten zu dieser Generalversammlung muß mindestens 4 Wochen vor derselben und zwar in allen Verwaltungsstellen an ein und demselben Tage stattfinden.

Es müssen deshalb Sonnabend, den 30. Mai in sämtlichen Verwaltungsstellen Hauptversammlungen zum Zwecke der Wahl abgehalten werden. Früher oder später stattfindende Wahlen sind nach § 27 Abs. 12 des Statuts unglücklich; wir bitten, das zu beachten. Die Versammlungsanzeigen sind behufs Veröffentlichung im Kassenorgan bis spätestens den 16. Mai an Unterzeichneten einzusenden.

Die Wahlen finden in Wahlabteilungen nach § 27, Abs. 12 und 13 statt, nach Maßgabe des Mitgliederstandes vom 1. März 1908.

Demzufolge wählt die 1. Wahlabteilung (Leipzig) 8 Abgeordnete; 2. Abt. (Berlin) 7 Abg.; 3. Abt. (Offenbach a. M.) 4 Abg.; 4. Abt. (Stuttgart) 2 Abg.; 5. Abt. (Hannover) 1 Abg.; 6. Abt. (Dresden) 1 Abg.; 7. Abt. (Frankfurt a. M.) 1 Abg.; 8. Abt. (München) 1 Abg.; 9. Abt. (Hamburg) 1 Abg.; 10. Abt. (Nürnberg) 1 Abg.; 11. Abt. (Wiesbaden) 1 Abg.; 12. Abt. (Annaberg, Buchholz, Freiberg, Chemnitz, Sehma) 1 Abg.; 13. Abt. (Salle, Altenburg, Gera, Gotha, Apolda, Schleiz) 1 Abg.; 14. Abt. (Magdeburg, Bielefeld, Braunschweig, Hagen, Hildesheim) 1 Abg.; 15. Abt. (Stettin, Neu-Ruppin, Schwerin, Breslau, Brieg, Bremen, Altona) 1 Abg.; 16. Abt. (Aachen, Köln, Bonn, M.-Gladbach, Cassel) 1 Abg.; 17. Abt. (Düsseldorf, Dortmund, Dülmen, Warmer, Essen, Iserlohn, Pforzheim, Solingen) 1 Abg.; 18. Abt. (Revelar, Elberfeld) 1 Abg.; 19. Abt. (Büchel, Fischenheim) 1 Abg.; 20. Abt. (Obershausen, Heusenstamm, Neu-Bienburg) 1 Abg.; 21. Abt. (Mühlheim, Humpfenheim, Kl.-Steinheim, Grünstadt, Heilbronn) 1 Abg.; 22. Abt. (Bergan, Hauen, Hanau, Nembriiden) 1 Abg.; 23. Abt. (Wannheim, Mainz, Karlsruhe, Wiesbaden, S.-Wolanden, Kandel) 1 Abg.; 24. Abt. (Freiburg, Lahr, Reutlingen, Ulm, Ehlingen) 1 Abg.; 25. Abt. (Regensburg, Würzburg, Firth, Erlangen, Augsburg, Konstanz) 1 Abg.; 26. Abt. (die einzelstehenden zur Hauptkasse steuernden Mitglieder) 1 Abgeordneter.

Die einzelstehenden Mitglieder werden hierdurch aufgefordert, Vorschläge zu Kandidaten bis 8. Mai einzusenden und zwar mit genauer Angabe des vollen Namens, der Adresse und der Mitgliedsbuchnummer des Vorgeschlagenen.

Nach einem Generalversammlungsbeschlusse Bestimmt der Kassenvorstand für aus mehreren Verwaltungsstellen zusammengelegte Wahlabteilungen je eine Verwaltungsstelle als Vorort, welche die Pflicht hat, eine Verständigung zu Kandidaten-vorschlägen anzubahnen. Betreffende Verwaltung ist in dieser Anzeige durch fetten Druck ausgezeichnet. Vorgekommenen Mißverständnissen vorzubeugen, sei bemerkt, daß damit den Vororten nicht etwa ein Vorrecht erteilt wird, nur aus der eigenen Verwaltungsstelle gelommene Vorschläge zu Kandidaten zu machen, sondern daß dieser Vorort die Pflicht hat, als Zentrale für die Abteilung sämtliche Kandidaten-vorschläge, welche von den zur Abteilung gehörenden Verwaltungsstellen gemacht werden, zusammenzustellen und diesen zur Wahl zu unterbreiten. Die hierdurch entstehenden Unkosten an Porto usw. trägt die Kasse. Für Sonderkandidaturen oder besondere Wahlagitation, welche sich der Vermittlung des Vorortes nicht bedienen, dürfen der Kasse Unkosten nicht gemacht werden.

Leipzig, den 25. März 1908.

Der Vorstand der Kasse.

209] [16,20 P. Brandmaier, Vorsitzender. P. Städter, Kassierer.

Grüße Goldaufträgerin findet gut lohnende und dauernde Stelle. Buchbinderei der Deutschen Verlagsanstalt Stuttgart. [1,80] 210]



Weltbekannte beste und billigste Marmorierfarben u. Utensilien liefert nach allen Ländern m. Prima Referenz Paul Szigris, Marm.-Lehrer Größtes Spezialgeschäft en gros und deta 1 Leipzig, Thalstr. 1 - Telephon: 10 783

Unserem lieben Kollegen Fritz Nagel nebst seiner lieben Braut Frl. Frida Poppe die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. Die organisierten Eisarbeiter der Firma Forstendorf & Schoencker, Leipzig. 212] [2.-

Anlässlich unserer Heberfiedelung nach Nürnberg sagen wir den Karlsruher Kollegen und Kolleginnen herzlichst Lebewohl.

Gleichzeitig sei für das schöne Andenken herzlich gedankt. 213] [2.- Karlsruhe, den 31. März 1908.

Fr. Weindler und Familie.

Lyra-Fahrräder. Anerkannt bestes Rad. Unerreicht in Qualität und Ausstattung. Komplet mit Gummi von 53.00 Mk. bis zu den feinsten - Luxus-Modellen. - Garantie 5 Jahre laut Katalog. Verlangen Sie kostenlose Zusendung meines neuesten reichillustrierten Pracht-Kataloges mit Vorzugs-Preis für Leser dies. Zeitung. Lyra-Fahrräder, Radfahrer-Bedarfsart. Nähmaschinen, Wasch- und Wringmaschinen, Kinder-Wagen, Uhren, Waagen, Musik-Instrumente, Stahl-, Leder- und Luxuswaren. - Wiederverkäufer gesucht. Richard Ladewig PRENZLAU Postfach Nr. 151.

Schlagrad- und Stockpressen in 6 verschiedenen Größen zu billigsten Preisen sofort lieferbar. Prospekte gerne zu Diensten. Karl Bidlingmeyer, G. m. b. H. Maschinenfabrik Altbach a. Neckar (Würtbg.)



Suchen Sie Stellung? Dann wenden Sie sich an den O. Th. Winckler, Leipzig Arbeitsnachweis für Buchbinder O. Th. Winckler, Leipzig Seeburgstraße 47